

- * **Gespräch** – Jessica Bollag und die Leute von Eldon 29
- * **Begegnung** – Sylvia Roth ist seit 33 Jahren für die Uni auf Draht 32
- * **Forschung** – Thomas Feurers Laserzauber 26

September 2017

172

UniPress*



Deloitte.



**Make a difference
by being different.**

Bring your talents to Deloitte, and you'll find a global network of support, leadership opportunities and diverse thinking. There's no limit to what you can achieve.

What impact will you make?
deloitte.com/careers



Bild: © Adrian Moser

2017 – CHANCEN UND RISIKEN

.....
Zappenduster hatte das Jahr 2017 im europäischen Blätterwald und in den Onlineforen begonnen: Donald Trump im Weissen Haus, Europas Rechtspopulisten vor dem Durchmarsch – bei der Lektüre schien die westlich-liberale Welt kurz vor dem Untergang, die Fackel der Aufklärung am Erlöschen. Dann kam Emmanuel Macron – und siehe da, die Sonne ging wieder auf. «Europas Retter?», titelte etwa der «Economist» und liess den Neuen auf dem Cover über Wasser laufen. Das war im Juni – und scheint bereits lange her.

Die rasche Abfolge von Schwarz- und Weissmalerei in der medialen und öffentlichen Debatte zeigt eine tiefe Verunsicherung an. Das Vertrauen in die Eliten und ihre klassischen Rezepte ist geschwunden, die stillschweigende Gewissheit, dass sich die Welt langsam, aber stetig zu einem immer besseren Ort entwickelt, ist weg.

Vor diesem Hintergrund hat UniPress elf profilierte Köpfe der Universität Bern eingeladen, eine persönliche Einschätzung vorzunehmen: Wo sehen sie in der gegenwärtigen Lage die Chancen, wo die Gefahren? Endgültige Wahrheiten und fertige Rezepte präsentieren unsere Autorinnen und Autoren keine. Aber Analysen, die nicht einem medialen Hype entspringen, sondern in der jahrelangen und intensiven Auseinandersetzung mit einem Thema gründen.

Szenenwechsel: Countrymusik, riesige Felder, derbe Spässe, Waffen – die Klischees über den Mittleren Westen, über die Rednecks oder Hillbillys, sind verbreitet. Die junge Berner Anthropologin Jessica Bollag hat das Dorf Eldon in Iowa besucht und einen beeindruckenden Dokumentarfilm gedreht. UniPress hat mit ihr über die Folgen der landwirtschaftlichen Industrialisierung gesprochen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Timm Eugster und Marcus Moser

- * Gespräch – Vizerektor Christian Leumann zum geplanten Laborneubau 32
- * Begegnung – Noemi Zbären, die Studentin, die über Hürden läuft 36
- * Forschung – Warum Migranten auch ohne Chancen hierbleiben 28

Dezember 2015 166

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- * Gespräch – Alberto Achermann zum Einwanderungsland Schweiz 32
- * Begegnung – Mario Slongo, Dr. h. c. Wetterfrosch 36
- * Forschung – Walter Benjamin in Bern 28

April 2016 167

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- * Gespräch – Rektor Martin Täuber blickt zurück 28
- * Begegnung – Doris Kopp, Bibliothekarin, sieht kaum noch Bücher 32
- * Forschung – Die Mär von der Chancengleichheit 26

Juni 2016 168

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- * Gespräch – Rektor Christian Leumann entscheidet gerne 36
- * Begegnung – Severin Steck hat 26 000 Kilometer er-fahren 40
- * Forschung – Woher der Wind weht in der Erdatmosphäre 32

September 2016 169

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- * Gespräch – Andreas Wagner über Martin Luther 32
- * Begegnung – Benedetta Zucconi und das himmelblaue Mittelmeer 36
- * Forschung – Die Schädeldecke aus dem 3D-Drucker 28

Februar 2017 170

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- * Gespräch – Manfred Elsig zur Krise der Globalisierung 28
- * Begegnung – Jürg Steiner weiss, wie man Gräben überwindet 32
- * Forschung – Der Zug der «Zimmerwalder» in die Revolution 26

Juni 2017 171

UniPress*



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

Eine UniPress-Ausgabe verpasst? Gerne können Sie Einzelexemplare nachbestellen:

unipress@unibe.ch
Tel. +41 31 631 80 44

Wollen Sie UniPress (3 Ausgaben jährlich) kostenlos abonnieren? Abo-Bestellungen über:

www.unipress.unibe.ch
oder an die Vertriebsfirma Stämpfli Publikationen AG
Tel. +41 31 300 63 42
abonnemente@staempfli.com

Universität Bern
Corporate Communication
Hochschulstrasse 6
CH-3012 Bern
Tel. +41 31 631 80 44
kommunikation@unibe.ch
www.kommunikation.unibe.ch

u^b

b
UNIVERSITÄT
BERN

Inhalt



Bild: © Adrian Moser

FORSCHUNG UND RUBRIKEN

Forschung

- 24 **Pflanzenwissenschaften:** Im Einsatz für die Gebirgsbiodiversität
Von Ivo Schmucki
- 26 **Physik:** Die Laserzauberer von Bern
Von Marcus Moser

- Rubriken**
- 1 **Editorial**
- 29 **Gespräch**
Jessica Bollag will zurück nach Eldon
Von Marcus Moser
- 32 **Begegnung**
Sylvia Roth – Und immer wieder hebt sie ab
Von Bettina Jakob
- 34 **Meinung**
Wie unsere Moral den Blick auf die Emotionen der anderen verfälscht
Von Kevin Reuter
- 35 **Bücher**
- 36 **Impressum**

2017 – CHANCEN UND RISIKEN

- 4 Im Wellental
Von Christian Gerlach
- 7 Multikulturalismus: Totgesagte leben länger
Von Christian Joppke
- 9 Was kommt nach Austerität und Liberalisierung?
Von Klaus Armingeon
- 10 Feminismus 2017
Von Michèle Amacker und Patricia Purtschert
- 13 Grüne Wirtschaft sichert Wohlstand
Von Gunter Stephan
- 14 Schöner, neuer Orient?
Von Reinhard Schulze
- 16 Klima und Migration: Wer übernimmt Verantwortung?
Von Elisa Fornalé
- 18 Was kann die Wissenschaft noch zur Nachhaltigkeit beitragen?
Von Karl Herweg
- 21 Energiewende – der Faktor Volk
Von Isabelle Stadelmann-Steffen
- 23 Den religiösen Frieden sichern
Von Stefan Huber

Bildstrecke: Die Persönlichkeiten im Schwerpunkt wurden durch Adrian Moser in Szene gesetzt und fotografiert.

Im Wellental

Vieles spricht dafür, dass wir seit 2008 in einem typischen Wellental langfristiger Wirtschaftszyklen stecken. Dabei verstärkt sich die ungleiche Entwicklung im Kapitalismus – mit weitreichenden Folgen. Frühere Wellentäler mündeten in Diktaturen und Weltkriege (1914–1947) und dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa (1974–1992).

Von Christian Gerlach

Nationalismus, autoritäre Systeme, religiöse Intoleranz und Rassismus auf dem Vormarsch; politische Polarisierung, Stimmungsumschwünge und Zukunftsangst; Separatismus und Bürgerkriege: Diese aktuellen Phänomene lassen sich vielleicht mit Hilfe der «Theorie der langen Wellen» verstehen, trotz ihrer Vereinfachungen und mangelnden theoretischen Absicherung. Diese Theorie postuliert Wirtschaftszyklen von rund 50 Jahren. Wellentäler (wie seit etwa 2008) werden nicht überall von geringem Wachstum geprägt, wohl aber von Volatilität und Unsicherheit. In ihnen verstärkt sich die ungleiche Entwicklung im Kapitalismus, ob zwischenstaatlich oder regional (wie innerhalb der USA oder Indiens). Die schichtenspezifische Ungleichheit wächst vielerorts schon seit den 1970er Jahren und mit ihr scharfe Interessendivergenzen. Manche Gruppen fühlen sich bedroht, andere sind wirklich betroffen. In den Sozialwissenschaften knüpft man verschiedene politische Phänomene an solche Abschwungphasen, von Protektionismus bis zur Konkurrenz für die existierende Hegemonialmacht. In frühere solche Phasen fielen die Weltkriege, blutige Bürgerkriege und Diktaturen (1914–1947) sowie der Zusammenbruch des Sozialismus in Europa (1974–1992).

Schuldenberge standen jeweils am Ausgangspunkt dieser Phasen (1873, 1918, 1973). Niemand weiss, wie die vor und in der Wirtschaftskrise von 2008/09 angehäuften Schulden zurückgezahlt werden sollen. Dies untergräbt Vertrauen fundamental, schafft Unsicherheit über die Zukunft und scheint Regeln fürs Zusammenleben und ethische Normen ausser Kraft zu setzen. Die Zeiten wirken unübersichtlich. Neue Kredite säen Spannungen. Kein Geschäft scheint ganz sicher. Das Misstrauen trifft auch Staaten – direkt (über EU- oder Staatsschulden) oder indirekt, da sie etwa verschuldete Hausbesitzer nicht zu schützen scheinen. Die Wirtschaftsmalaise kann zu einer Krise nicht nur des Staates, sondern auch der Gesellschaft mit jäh

sozialer Mobilität bis hin zu Massengewalt führen. Gerade die Unternehmerschaft ist politisch gespalten nach Interessen und Eigentumsstruktur, in der Schweiz genauso wie in den USA oder Indien. Auch da soziale Schichtenunterschiede negiert werden, brechen Konflikte entlang Sicherheit versprechenden Zuordnungen wie Ethnie, «Rasse», Religion und Geschlecht auf.

«Die Gross- und Regionalmächte haben ihre Unfähigkeit bewiesen, Ordnung und Stabilität zu schaffen; zur Zerstörung, Teilung und Destabilisierung hingegen zeigen sie sich in der Lage.»

Mindestens so kennzeichnend wie der Trend zur extremen Rechten sind jedoch innere Konflikte. Geschwächt sind die Kräfte der Kohäsion und viele alte Eliten. Die Politik des Hasses erfährt viel Unterstützung, aber auch Ablehnung. Zum Trend gehören knappe Abstimmungsergebnisse von Trump über Brexit und Erdogan bis Venezuela sowie unversöhnliche politische Lager. Die meisten Parteien behaupten, die wahre Nation zu repräsentieren und zu einen. Einerseits entstehen Sammlungsbewegungen mit sehr diversem Klientel (keineswegs nur Unterprivilegierten), andererseits sind Bürgerkriege seit 2010 laut (wenn auch fragwürdigen) Fachindizes viel häufiger und intensiver geworden. Die Zivilgesellschaft ist oft gespalten, der Krieg partizipativ.

Auch international wachsen Ungleichheit und Konflikte. Nach dem Ende der langen Welle 1948–1992 mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien eine Zeit schrankenloser militärischer Handlungsfrei-

heit für die grossen kapitalistischen Industriestaaten gekommen. Trotz seiner oft multilateralen Formen stiess dieser neue Kolonialismus jedoch schon in der Boomphase 1993–2007 an seine Grenzen, und hinterher umso mehr. Nichtindustrialisierte Länder oder kleine Industriestaaten liessen sich – meist unter humanitärem Mäntelchen – zwar leicht bombardieren, zum Teil auch besetzen, kaum aber kontrollieren und die sozioökonomischen Probleme weder lösen noch beherrschen. So blieb trotz Besetzung oder Ressourcentransfer auch die politische Instabilität, ob nun in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen, Kosovo, Bosnien, der Ukraine, Somalia, Mali, Kongo, Osttimor, Haiti oder auf den Salomonen. Weiten Teilen der Bevölkerung hatten die grossen kapitalistischen Wirtschaften und Konzerne dort wenig zu bieten; und diese selbst erzielten dabei kaum grosse Profite. Langfristig günstige Verwertungsbedingungen für internationales Kapital sehen anders aus – daran scheiterte schon der alte Kolonialismus. Einzelne, aber auch gemeinsam haben die Gross- und Regionalmächte ihre Unfähigkeit bewiesen, Ordnung und Stabilität zu schaffen; zur Zerstörung, Teilung und Destabilisierung hingegen zeigen sie sich in der Lage. Mit Mühe und Not können sie auf See die wichtigsten Verkehrswege von Piraterie freihalten, kaum jedoch selbst mitverursachte Migrationswellen stoppen.

Im Abschwung langer Wellen kämpfen Grossmächte um Einflusszonen – 1873 bis 1896 bei der Aufteilung Afrikas sehr durchschlagskräftig. Bemerkenswert ist, wie hilflos sie es gegenwärtig tun. Wie beispielsweise auch in der Ukraine, wo es eben nicht um die Frage «Bürgerkrieg oder russische Intervention» geht, ist ausländische Militärintervention nun oft eng mit inneren Konflikten verflochten und verstärkt Fragmentierung eher, als ihr entgegenzuwirken.

Kontakt: Prof. Dr. Christian Gerlach, Historisches Institut, Neueste Geschichte und Zeitgeschichte, christian.gerlach@hist.unibe.ch





Multikulturalismus: Totgesagte leben länger

«Multikulti» ist gescheitert, wir brauchen eine «Leitkultur», so postulieren Politikerinnen und Politiker gerne. Das ist irreführend.

Von Christian Joppke

Der Multikulturalismus wird totgesagt, seit es ihn gibt. Er ist im Kern ein Kampfbegriff, den man entweder begeistert übernimmt – oder aber scharf zurückweist. Die Polemik und die Übertreibung sind ihm eigen, sowohl auf der Seite seiner Freunde als auch seiner Feinde. Kurioserweise richtet sich die im deutschen Sprachraum wohl berühmteste Totsaugung – jene von Bundeskanzlerin Angela Merkel im November 2010 – gegen eine Leiche, der niemals das Leben vorausgegangen war. Jedenfalls hat der deutsche Staat zu keiner Zeit eine als «multikulturalistisch» zu bezeichnende Politik gegenüber Migrantinnen und anderen Minderheiten verfolgt, wie es etwa die kanadische Regierung seit nunmehr fast einem halben Jahrhundert tut, wo der Multikulturalismus sogar Verfassungsrang genießt.

«Zu Pluralismus und <Diversität>, durch das Recht geschützt, gibt es in der liberalen Gesellschaft keine Alternative.»

Wogegen richtet sich dann die berühmte Äusserung Merkels, dass «Multikulti» «absolut gescheitert» ist? In ihrer besagten Rede auf dem Deutschlandtag der Jungen Union werden «Ehrenmorde» und die Weigerung muslimischer Schülerinnen, an Schulausflügen teilzunehmen, erwähnt – beides signalisiert für sie die Gefahr segregierter «Parallelgesellschaften». Nun propagieren selbst die radikalsten Multikulturalisten natürlich nicht den Mord im Namen von Kultur und Identität. Bei religiös motivierten Ausnahmen von allgemein geltenden Regeln und Gesetzen, wie im erwähnten sensibleren Beispiel der Nichtteilnahme an Schulausflügen, handelt es

sich um die Kollision von gleichrangigen Verfassungsrechten beziehungsweise Verfassungsprinzipien: dem religiösen Freiheits- und dem elterlichen Erziehungsrecht auf der einen Seite, und dem Erziehungsauftrag des Staates auf der anderen. Hier hatten tatsächlich höhere Gerichte, übrigens in der Schweiz genau wie in Deutschland und in anderen europäischen Ländern, lange Zeit einem hypertrophierten Religionsrecht den absoluten Vorrang gegeben. Das ist längst vorbei. Seit es eine politische Debatte über eine vermeintlich fehlgeschlagene Islamintegration gibt, ist die Rechtsprechung dazu übergegangen, dem staatlichen Erziehungsauftrag einen grösseren Stellenwert einzuräumen. Dem gemeinsamen Schwimmunterricht etwa wird jetzt die – vielleicht etwas bombastische – Funktion der Einübung junger Menschen in die pluralistische Gesellschaft zugeschrieben.

In der Praxis bedeutet dies, dass muslimische Mädchen den Anblick von Jungs in «knappgeschnittenen» Badehosen ertragen müssen (wie es in einem einschlägigen Urteil des Berliner Bundesverwaltungsgerichts heisst); es bedeutet aber umgekehrt auch, dass nicht-muslimische Schulkinder den Anblick von Kopftuch tragenden Lehrerinnen aushalten müssen – so das nicht minder einschlägige Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts Anfang 2015. Die sicherlich etwas weniger religionsfreundliche, aber konsequent den Pluralismus bejahende jüngere deutsche Rechtsprechung erlaubt nicht den Schluss, dass der Multikulturalismus «tot» ist – und dies, um den entscheidenden Punkt zu wiederholen, in einem Land, das ihn auf politischer Ebene nie bejaht hat. Zu Pluralismus und «Diversität», durch das Recht geschützt, gibt es nämlich in der liberalen Gesellschaft keine Alternative.

Schauen wir uns ein neueres Beispiel einer irreführenden «Totsaugung» an. Vor ein paar

Monaten veröffentlichte der deutsche Innenminister, Thomas de Maizière, in einer grossen Boulevardzeitung zehn Thesen über eine «Leitkultur für Deutschland», unter dem eher peinlichen Titel «Wir sind nicht Burka» (was so klingt wie «Ali, Du mir holen Bier!»). Händeschütteln und das Gesicht nicht zu verhüllen werden dort als Beispiele einer allgemein geteilten deutschen Lebensart genannt. Als informelle Praktiken sind sie natürlich nicht in der Verfassung festgeschrieben, weisen also, jenseits des sogenannten «Verfassungspatriotismus» als dem minimalen Integrationsprinzip einer liberalen Gesellschaft, auf etwas hin, was die deutsche (und nicht irgendeine) Gesellschaft «im Innersten zusammenhält» – eben ihre «Leitkultur». Jürgen Habermas, immer noch schnell zur Stelle, wendet korrekt ein, dass eine rechtliche Verpflichtung auf informelle kulturelle Praktiken wie das Händeschütteln natürlich nicht besteht und auch nicht bestehen darf – dann müsste ja auch das nicht nur unter Jugendlichen beliebte «High Five» verboten werden. Habermas übersieht dabei, dass der Innenminister dies selbst zugesteht: «Das Wort <leiten> ist etwas anderes als vorschreiben oder verpflichten», kann man in seinem Pamphlet lesen. Auch hier also wird dem kulturellen Pluralismus keine Absage erteilt.

Der kulturelle Pluralismus (nur ein anderes Wort für das verbrauchte «Multikulturalismus») ergibt sich ganz von selbst, solange wir in einer freien Gesellschaft leben und das auch wollen. Der Staat muss nicht gross etwas dafür tun; lediglich die liberalen Freiheitsrechte schützen muss er, in den Grenzen natürlich, die dem Freiheitsgebrauch durch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der liberalen Gesellschaftsordnung selbst gesetzt sind.

Kontakt: Prof. Dr. Christian Joppke, Institut für Soziologie, christian.joppke@soz.unibe.ch



Was kommt nach Austerität und Liberalisierung?

Die Erfolge einer strengen staatlichen Sparpolitik und konsequenten Liberalisierung der Wirtschaft sind bescheiden, die sozialen Folgen dramatisch, der politische Protest gross. Doch überzeugende und mehrheitsfähige Alternativen sind noch nicht erkennbar.

Von Klaus Armingeon

Austeritätspolitik besteht in staatlichen Sparmassnahmen mit dem Ziel, zukünftige öffentliche Defizite zu reduzieren. Liberalisierungspolitik will staatliche Eingriffe in Märkte zurückdrängen. Beide Politiken wurden besonders seit den 1980er Jahren zu dominanten sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischen Strategien. Für überzeugende Alternativen fehlten Ideen und politische Mehrheiten. Die Nachfragesteuerung («keynesianische Politik») hatte kurz zuvor im Fiasco geendet, eine nachhaltige Konsolidierung nationaler Haushalte war nicht erkennbar. Man setzte auf Austerität – und damit auch auf einen dauernden Spardruck auf den Wohlfahrtsstaat.

«Die Wiederwahlchancen von Regierungsparteien sanken, je länger sie an einer erfolglosen Sparpolitik festhielten.»

Seit 2010 verstärkte sich die Austeritätspolitik in Europa. Besonders die Euro-Länder wurden auf einen Sparkurs gezwungen, der desto härter war, je unvorteilhafter die ökonomischen und fiskalischen Rahmendaten waren. Die erhofften Erfolge der eisen durchgeführten Sparpolitik musste man jedoch mit der Lupe suchen, während die negativen Folgen – Einbruch des Wirtschaftswachstums, wachsende soziale Ungleichheit und Not, erhöhte Arbeitslosigkeit – unbestreitbar waren und von einer zunehmend verzweifelten Bevölkerung getragen werden mussten. Ihr Vertrauen in die Demokratie erodierte, die jeweilige Regierung wurde bei Wahlen abgestraft, obwohl sie nur die Zwänge der Finanzmärkte und der europäischen Institutionen umsetzte. Freilich lernten die Regierungsparteien, dass ihre Wiederwahlchancen desto mehr sanken, je länger sie an einer (erfolglosen) Sparpolitik festhielten. Deshalb

begannen sie unter sonst gleichen wirtschaftlichen Bedingungen ab 2013 die fiskalischen Bremsen etwas zu lösen. Der konsequenten Austeritätspolitik geht somit heute, so scheint es, die Luft aus. Viele werden dies nicht bedauern, weil ihre Erfolge bescheiden und ihre unerwünschten sozialen Folgen dramatisch waren.

Andererseits bleibt der permanente Spardruck besonders für wirtschaftsschwache Länder bestehen und es gibt kaum eine akzeptable Alternative. Zwar könnte man es mit einer erneuten staatlichen Nachfragesteuerung versuchen. Jedoch müsste sehr viel umgekrempelt werden, darunter die Grundregeln des Euro-Verbundes, um zu einer wirksamen alternativen Wirtschaftspolitik zu kommen.

Die Liberalisierungspolitik hatte in den 1980er und 1990er Jahren an Fahrt gewonnen und erreichte in den entwickelten Demokratien ihren Höhepunkt um die Jahrtausendwende. Sie versuchte, die Wachstumsprobleme zu therapieren, die seit der sogenannten Ölpreiskrise 1973 deutlich wurden. Freilich ist keineswegs klar, ob sich der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft so ausgezahlt hat, wie dies die Protagonisten der Liberalisierung versprochen hatten. Viele marktfremde Regelungen waren Teil eines fein ausbalancierten institutionellen Systems und stützten insgesamt das jeweilige nationale Wachstumsmodell. Unter dem Strich spricht beispielsweise wenig dafür, dass sich ein konsequenter Abbau des Arbeitnehmerschutzes in höherer Beschäftigung niederschlägt oder dass gar der Rückbau des Wohlfahrtsstaates insgesamt der Gesellschaft nützt. Je länger die Liberalisierungspolitik andauerte, je nachteiliger sie für einzelne Bevölkerungsgruppen wurde und je weniger deutlich ihre insgesamt-Erfolge wurden, desto mehr wurden konterkarierende de-liberalisierende Reformen verwirklicht. Dieser Prozess setzte um die Jahrtausendwende ein. Ebenso wie

die Austeritätspolitik ihren Charme verloren, weil sie ihre Ziele häufig verfehlte und weil ihre Nachteile politischen Protest hervorriefen. Freilich gibt es keine überzeugenden und mehrheitsfähigen alternativen Visionen. Die überwältigende Unterstützung von Bernie Sanders in den USA oder Jeremy Corbyn in Grossbritannien durch ihre jugendlichen Anhänger machte die enorme Nachfrage nach solchen Visionen deutlich, auch wenn diese vielfach nur Programme der 1960er Jahre kopierten.

Das Erlahmen von Liberalisierung und Austerität hätte die Chance eröffnet, in einer reformfreundlichen Umbruchsituation den Wohlfahrtsstaat gründlich umzubauen und zu modernisieren. Statt relativ gut situierte Rentner und Arbeitnehmerinnen mit hoher Beschäftigungssicherheit wie bislang generös zu versorgen, müsste man sich stärker auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes, wie schlecht qualifizierte junge alleinstehende Mütter oder Jugendliche mit Bildungsdefiziten, oder auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzentrieren. Viele dieser neuen Sozialpolitiken sind präventiv, versuchen also durch Investitionen etwa in Bildung zu vermeiden, dass Armut oder Arbeitslosigkeit eintritt. Aus nachvollziehbaren politischen Gründen wurde diese Chance einer Modernisierung des Wohlfahrtsstaates vergeben. Insofern sind wir in einer ungemütlichen Situation: Die bisherigen Austeritäts- und Liberalisierungspolitiken hatten bescheidene Erfolge und sind aus wahlpolitischen Gründen kaum uneingeschränkt weiterführbar. Aber Alternativen sind schwer realisierbar. Damit zeichnet sich ein pragmatisches und visionsarmes Durchwursteln ab, das sich weiterhin an Spar- und Liberalisierungsideen orientiert.

Kontakt: Prof. Dr. Klaus Armingeon, Institut für Politikwissenschaft, klaus.armingeon@ipw.unibe.ch

Feminismus 2017

Die Protestmärsche im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen in den USA sind nur ein Beispiel eines spektakulären Neuaufbruchs feministischer Politiken. Dabei werden Visionen einer gerechteren Welt entwickelt, die alle Menschen angehen.

Von Michèle Amacker und Patricia Purtschert

Sexismus und Feminismus waren zu Beginn des Jahres 2017 in aller Munde: Zum einen schien mit der Wahl des neuen US-Präsidenten, dessen frauenfeindliche Äusserungen im Vorfeld der Wahl viel Aufsehen erregt haben, offener Sexismus wieder salonfähig geworden zu sein. Zum anderen fanden unter dem Titel Women's March an vielen Orten der Welt Protestmärsche gegen die Rehabilitierung frauenfeindlicher Politik und für die Stärkung von Frauenrechten statt. Der Women's March in Zürich gründete, wie seine grosse Schwesterveranstaltung in Washington, auf breiten Bündnissen zwischen verschiedenen Individuen und Organisationen. Über 10 000 Personen fanden sich am 21. März in Zürich ein, um ein Zeichen gegen die Abwertung und Banalisierung der Gleichstellung zu setzen. Den Organisator_innen des Women's Marches gelang es damit, einen feministischen Anlass zu nutzen, um universale Forderungen zu artikulieren – etwa die Respektierung von Menschenrechten für Personen aller Geschlechter. Damit wurde sichtbar, dass die Anliegen der Geschlechterpolitik nicht nur Frauen angehen, dass aus einer feministischen Perspektive vielmehr eine Gesellschaftskritik sowie Visionen einer gerechteren Welt entwickelt werden können, die für alle Menschen relevant sind.

Die Präsenz unterschiedlichster Personen, Gruppierungen, Plakate und Spruchbänder machte gleichzeitig unübersehbar klar, dass die Frage der Geschlechtergerechtigkeit nicht auf eine einzige Formel gebracht werden kann. Vielmehr wurde auf das Zusammenwirken von Sexismus mit Rassismus, Homophobie, Transphobie, Armut oder Behindertenfeindlichkeit hingewiesen, auf die weiterhin vorherrschende Abwertung der Reproduktionsarbeit, auf sexistisch motivierte Gewalt, die Konstruktion eines frauenfeindlichen Bildes des Islam, geschlechterbedingte Lohnungleichheit, die Ausbeutung prekarierteter Migrantinnen, unsichere Renten, fehlende Krippenplätze,

fehlende oder zu kurze Elternzeiten oder auf Gesetze, die Trans*menschen oder homosexuelle Eltern diskriminieren. Was bedeutet es für uns als Geschlechterforscherinnen, dass die Frage nach der Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit in diesen ersten Wochen des Jahres 2017 so pointiert und prominent gestellt wurde?

«Anlässe wie der Women's March speisen sich aus der jahrelangen, meist unspektakulären Arbeit von NGOs, Menschenrechtsgruppen, Gleichstellungsstellen und Forschungseinrichtungen.»

Aus Sicht der Geschlechterforschung ist ein solcher Neuaufbruch vielversprechend und bedeutsam. Gleichzeitig ist es wichtig, nach der Ökonomie der Aufmerksamkeit zu fragen, welche die Präsidentschaftswahl in den USA und die daran ansetzenden Protestbewegungen begleiten. Welchen Ereignissen wird eine globale Bedeutung beigemessen – und welchen nicht? Warum fühlen sich zahlreiche Menschen in der Schweiz vom Sexismus eines US-Präsidenten ganz direkt betroffen und gehen deswegen auf die Strasse – und nicht aus Solidarität mit den Demonstrationen gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts in Polen? Oder mit den Studierendenprotesten in Südafrika, die von zahlreichen feministischen Frauen angeführt werden? Oder mit der revolutionären Bewegung im kurdischen Rojava, in der die Diskussion um geschlechtergerechte Lebensformen eine bedeutende Rolle spielt?

Ausserdem ist es entscheidend, ein Phänomen wie den Women's March zu kontextualisieren und nicht als Ereignis zu betrach-

ten, das aus dem Nichts gekommen ist. Die Einsichten, Forderungen, Strategien und das Wissen, die einen Anlass wie den Women's March möglich gemacht haben, speisen sich ganz wesentlich aus der jahrelangen, beharrlichen, oftmals kleinteiligen, in der Regel unspektakulären und manchmal überaus mühevollen Arbeit, welche in NGOs, Menschenrechtsgruppen, Gleichstellungsstellen, Freiwilligenarbeit und feministischen Kollektiven geleistet wird. Auch Forschungseinrichtungen wie das Interdisziplinäre Zentrum für Geschlechterforschung IZFG an der Universität Bern, wo seit 15 Jahren Lehre und Forschung an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis betrieben wird, tragen dazu bei, dass feministisches Wissen und Fragen der Geschlechtergerechtigkeit erhalten bleiben und weiterentwickelt werden.

So untersuchte eine kürzlich abgeschlossene Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte, dessen Themenbereich Geschlechterpolitik am IZFG angesiedelt ist, im Auftrag des Bundes den Zugang zur Justiz im Falle von Diskriminierung unter anderem wegen Geschlecht (inklusive sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität). Sie zeigt auf, wo im bestehenden Recht Lücken im Diskriminierungsschutz vorliegen und wo in der Praxis Hindernisse beim Zugang zur Justiz bestehen. Solche Forschungen mögen weniger spektakulär sein als globale Protestmärsche. Sie sind aber auf entscheidende Weise mit ihnen verbunden und ermöglichen es, dass sich soziale Kämpfe um Gerechtigkeit nach öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen nicht wieder in Luft auflösen, sondern in nachhaltige soziale Umwandlungsprozesse münden können.

Kontakte: Prof. Dr. Michèle Amacker, michele.amacker@izfg.unibe.ch
Prof. Dr. Patricia Purtschert, patricia.purtschert@izfg.unibe.ch
Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung (IZFG)





Grüne Wirtschaft sichert Wohlstand

Wir leben und wirtschaften heute so, als ob uns die Ressourcen eines zweiten Planeten zur Verfügung stünden. Dies verursacht Krisen und gefährdet den Wohlstand. Der notwendige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist komplex, aber möglich.

Von Gunter Stephan

Jede Tätigkeit – und sogar Nichtstun – erfordert den Einsatz von Gütern und Dienstleistungen, die der Natur entnommen werden. Dabei ist die Fähigkeit der Natur, Ressourcen wie saubere Luft, ein stabiles Klima oder Energie bereitzustellen, begrenzt. Heute übersteigt der Gebrauch von Naturgütern und Dienstleistungen in vielen Fällen die Grenzen der Natur. So lebt die Weltgesellschaft derzeit, als ob ein zweiter Planet zur Verfügung stünde. Trinkwasser ist jetzt schon in einigen Regionen knapp, und auf der ganzen Welt wird die Lücke zwischen Bedarf und Versorgung rasant wachsen. Obwohl Menschen hungern, besteht kein Konsens darüber, wie man eine Bevölkerung von neun Milliarden ernähren könnte. Diese Beispiele zeigen, dass wir nicht nur Gefahr laufen, kritische Umweltschwellen zu überschreiten, womit das Ökosystem irreversibel geschädigt werden könnte. Die fortschreitende Überbeanspruchung der natürlichen Ressourcen wird Krisen auslösen, die weltweit den Wohlstand gefährden und zu komplexen sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Unsicherheit, Krankheit und sozialer Instabilität führen.

Ein Grund für die Übernutzung natürlicher Systeme sind die modernen Produktions- und Verbrauchsprozesse mit ihrem beschleunigten Stoff- und Energiedurchsatz. Wenn mehr Ressourcen der Natur entnommen werden, als diese zu liefern vermag, verursacht dies langfristig nicht nur Versorgungs-, sondern auch Entsorgungsprobleme. Denn jede Tonne Rohstoff, die der Umwelt entnommen und in das Wirtschaftssystem verbracht wird, wird eines Tages als Emission oder Abfall in die Umwelt zurückgeladen. Anders gesagt: Umwelt- und Ressourcenprobleme sind zwei Seiten derselben Medaille.

In den Aufbau der Industriegesellschaft wurde historisch viel Kapital investiert, vergleichsweise wenig jedoch in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Ökosystem-

Resilienz, Biodiversitätsschutz oder Boden- und Wasserschutz. Infolgedessen wuchsen die Wirtschaft und die Bevölkerung zu Lasten eines steigenden Ressourcenverbrauchs und Emissionen. In der Schweiz sind wir stark abhängig von importierten Ressourcen. Im Augenblick schwimmen wir auf einer Welle billigen Öls. Deshalb können wir uns einen hohen Energieverbrauch leisten. Was aber passiert, wenn die Weltmarktpreise steigen? Dann wird viel Kapital aus der Schweiz abfließen, Kapital, das für Investitionen im eigenen Land fehlt. Langfristig behindern wir unsere wirtschaftliche Entwicklung, weil wir ständig für teures Geld Ressourcen aus dem Ausland einkaufen.

«Wer hätte je geglaubt, dass China und Teile der US-Wirtschaft für ein Klimaabkommen eintreten?»

Es wäre effizienter, sparsam mit Ressourcen umzugehen und soweit es geht auf erneuerbare Ressourcen im eigenen Land zu setzen. Das aber wird erst möglich, wenn es gelingt, die Wirtschaftstätigkeit von der Nutzung von Dienstleistungen aus der Natur zu entkoppeln. Dies ist das Kernelement einer grünen Wirtschaft. Dabei werden bestehende Volkswirtschaften in solche transformiert, die den Wohlstand mehren und gleichzeitig die Ressourcen- und Energieströme auf ein Minimum reduzieren.

Technologische Lösungen alleine führen nicht zum Ziel. Einerseits haben Effizienzsteigerungen höhere verfügbare Einkommen zur Folge, wodurch die Nachfrage nach Ressourcen sogar stimuliert wird. Andererseits muss es sich auszahlen, umweltfreundliche Technologien zu ent-

wickeln und zu nutzen. Dazu braucht es Anreize. Marktpreise sagen oft nicht die ökologische Wahrheit. Weder die Vorteile, die wir aus der Umwelt ziehen, noch die Schäden, die wir bei Konsum und Produktion zulassen, spiegeln sich immer in den Preisen wider. Die Korrektur von Preisen ist jedoch nur ein Schritt im anspruchsvollen Prozess des grünen Umbaus, der die Gesellschaft als Ganzes betrifft. Die Politik muss dabei die Frage einer fairen Lastenverteilung beantworten. Denn typischerweise profitieren die zukünftigen Generationen von den Vorteilen einer international wettbewerbsfähigen, nachhaltigen Wirtschaft, während vor allem die gegenwärtige Generation die Kosten des Umbaus trägt. Eine gerechte Verteilung von Kosten und Nutzen ist jedoch nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene wichtig, denn die Intensität, mit der Volkswirtschaften Ressourcen nutzen, ist nicht gleichmässig über den Globus verteilt. Und wie die Aushandlung eines Nachfolgers für das Kyoto-Protokoll gezeigt hat, ist es schwierig, zu einer internationalen Vereinbarung zu kommen, wenn manche sich als Opfer der Industrialisierung der entwickelten Welt ansehen.

Dennoch: Auch in Ländern, die sehr verschwenderisch mit Energie umgegangen sind, beginnen solche Überlegungen eine Rolle zu spielen. Wer hätte je geglaubt, dass China und Teile der US-Wirtschaft für ein Klimaabkommen eintreten? Wenn man zukunftsfähig sein will, muss man jetzt Massnahmen zur Sicherstellung von Lebensqualität und Wohlstand bei gleichzeitiger Schonung der Ressourcen entwickeln und etablieren.

Kontakt: Prof. Dr. Gunter Stephan, Departement Volkswirtschaftslehre (VWL), gunter.stephan@vwi.unibe.ch

Schöner, neuer Orient?

Nach dem Sturz der autoritären Regime im «Arabischen Frühling» ist es nicht gelungen, neue Verwaltungs- und Machtstrukturen aufzubauen und so den rapiden sozialen Wandel zu steuern. Nun droht im Nahen Osten eine soziale Implosion, deren Auswirkungen gerade auch die europäischen Länder spüren werden.

Von Reinhard Schulze

Als der ehemalige amerikanische Präsident Barack Obama im Juni 2009 an der Universität Kairo seine berühmte Rede «Ein Neuanfang» hielt, ahnte niemand, dass die arabischen Länder des Nahen Ostens, aber auch die Türkei und sogar Iran, vor einem tiefgreifenden sozialen und politischen Umbruch standen. Obamas Rede war ein Plädoyer für die Ausgestaltung eines arabischen Liberalismus gewesen, zu dessen moralischer Rechtfertigung er auch den Islam und alte arabische Traditionen heranzog. Tatsächlich aber verharteten noch 2009 grosse Teile der nahöstlichen Welt in einem Zustand sozialer, politischer und kultureller Einmauerung. Die alten Eliten beharrten auf ihren Privilegien und entzogen sich jeglicher Verantwortung und Rechenschaft, die die Gesellschaft von ihnen verlangen könnte. Sie lebten immer noch in der Vorstellung, dass der Staat der eigentliche Baumeister der Gesellschaft sei und dass sie, da sie den Staat repräsentierten, einen fast durch Naturrecht abgesicherten Machtanspruch erheben könnten.

Doch knapp zwei Jahre nach Obamas Aufruf, auch in der arabischen Welt einen Liberalismus zu wagen, entfaltete der «Arabische Frühling» eine niemals erwartete Wirkungsmacht, die Kommentatoren weltweit fast euphorisch werden liess. Endlich, fast zwanzig Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, schienen nun auch die arabischen Länder reif für den Sprung in die Demokratie und in eine liberale und zugleich der sozialen Gerechtigkeit verpflichteten Ordnung. Die Chancen hierzu standen gut. Die Proteste der Zivilgesellschaft in den Strassen und auf den Plätzen von Kairo, Sanaa, Manama, Tunis und vielen anderen arabischen Metropolen liessen hoffen, dass es einer neuen, jungen Generation, die sich schon längst als Teil einer global vernetzten Avantgarde verstand, gelingen würde, das Regime der alten Herren zu stürzen. Als am 12. Februar 2011 auch der ägyptische Präsident Husni Mubarak aufgab und per Hubschrauber aus

Kairo floh, war es für einen Moment so, als wäre auch im Nahen Osten eine Mauer gefallen.

«Länder wie Ägypten, Syrien, Irak und Libyen funktionieren wie eine gewaltige arabische Banlieue.»

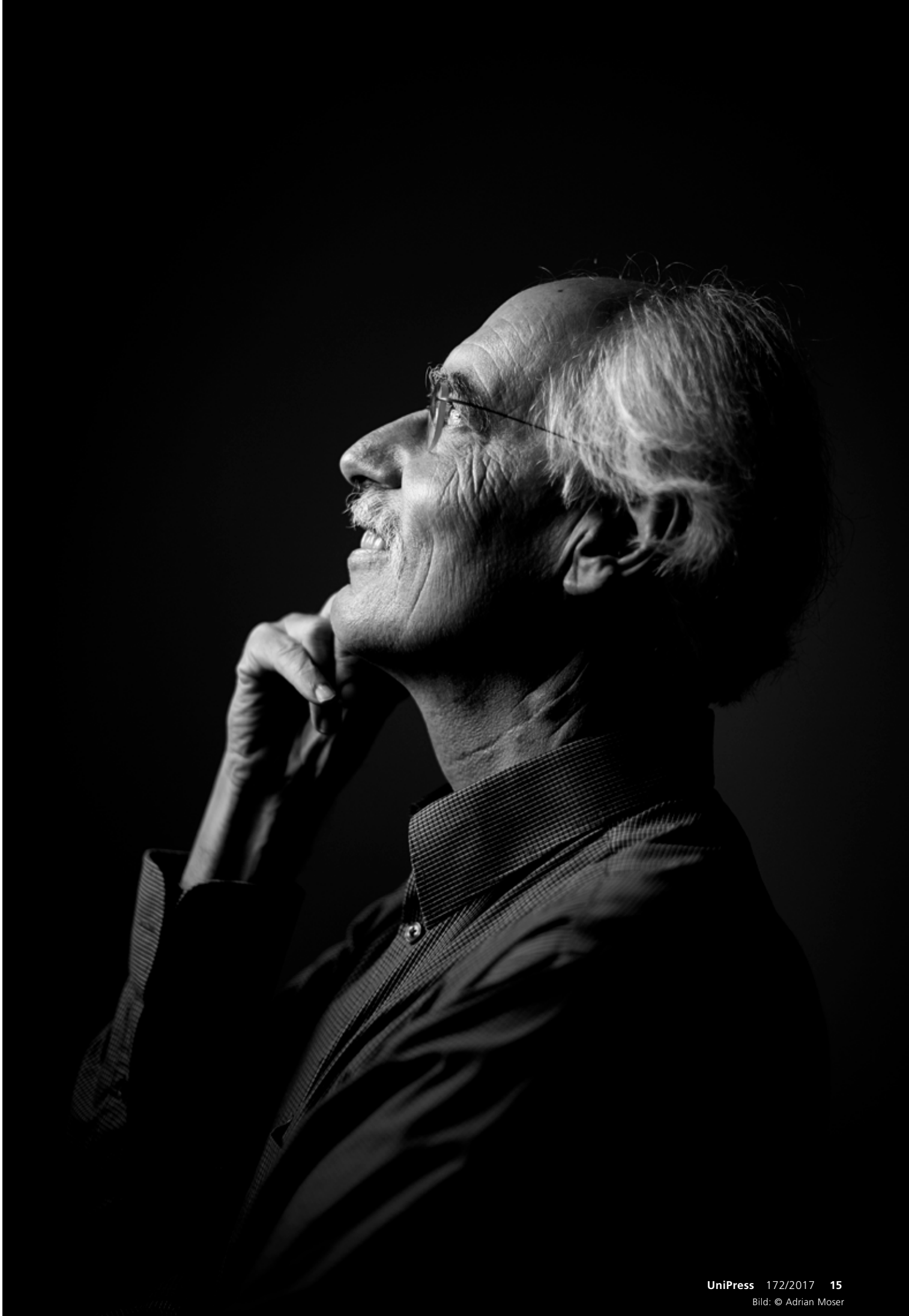
Doch schon bald erwies sich diese Hoffnung als trügerisch. Die Kriege in Libyen, Syrien, Jemen und Irak, der Terror ultraslamischer Kampfbünde wie des «Islamischen Staats», die offensichtliche Erneuerung der Herrschaft der alten Eliten, die sich rasant vollziehende Konfessionalisierung der sozialen und politischen Beziehungen, das Versagen auch und gerade der islamischen Öffentlichkeit bei der Neugestaltung der moralischen Grundlagen eines neuen Gesellschaftsvertrags, die Erneuerung der Blockbildung im Nahen Osten durch die Grossmächte, die fast an den Kalten Krieg erinnert – all das liess den Traum von einem schönen neuen Orient platzen.

Auch verspielten Europa beziehungsweise der Westen insgesamt die Chance, mit den Trägergruppen der zivilen Opposition nachhaltige Bündnisse einzugehen, um nach dem Sturz der autoritären Regime neue Verwaltungs- und Machtstrukturen aufzubauen, durch die sich der rapide soziale Wandel hätte steuern lassen. Anders als die Transformationsländer Osteuropas, die nach 1989 massive Unterstützung durch die westlichen Länder erfuhren, um die politische und soziale Stabilität sicherzustellen, waren die arabischen Transformationsländer mehr oder weniger auf sich allein gestellt. Auch die reichen arabischen Monarchien enthielten sich weitgehend einer Unterstützung. So fehlten bald schlicht die ökonomischen und sozialen Ressourcen, um die

Erwartungen des Arabischen Frühlings zu erfüllen. Zugleich schwand in den arabischen Republiken, in denen die Bevölkerung gegen die alten Eliten revoltiert hatte, der Konsens, einer Gesellschaft anzugehören; denn ein Gesellschaftsvertrag, der ein Mindestmass an Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit schaffen sollte, konnte nicht erneuert werden.

Die ökonomischen und sozialen Transformationen seit den 1990er Jahren haben das gesamte Gefüge des arabischen Orients umgestaltet. Im Zentrum stehen die reichen Konsumgesellschaften der Monarchien am arabischen Golf, in denen westliche Lebensstile, islamische Werthaltungen und globale Mobilität zu einer neuen Modernität verschmelzen und die sich faktisch aus dem Nahen Osten verabschiedet haben. Um sie herum liegen einige wenige, ärmere arabische Monarchien und Republiken wie Jordanien, Marokko oder Libanon, in denen die gesellschaftliche Integration noch einigermassen funktioniert und in denen soziale Brennpunkte in die Vorstädte der Metropolen ausgelagert sind. Das Schlusslicht bilden Länder wie Ägypten, Syrien, Irak und Libyen, die wie eine gewaltige arabische Banlieue funktionieren. Der Nahe Osten droht damit zu einer Ein-Drittel-Gesellschaft zu werden: Ein Drittel partizipiert an der globalen Moderne, zwei Drittel hingegen leben in so prekären Verhältnissen, die den Eindruck, überflüssig zu sein, weiter verstärken. Nur mit einem neuen Gesellschaftsvertrag lassen sich die Folgen dieses sozialen Wandels bewältigen und ein Prozess der gesellschaftlichen Integration in den arabischen Ländern neu entfachen. Wenn dies nicht gelingt, droht eine soziale Implosion, deren Auswirkungen gerade auch die europäischen Länder spüren werden.

Kontakt: Prof. Dr. Reinhard Schulze, Institut für Islamwissenschaft und Neuere Orientalische Philologie, reinhard.schulze@islam.unibe.ch



Klima und Migration: Wer übernimmt Verantwortung?

Schon immer wurden Menschen durch Wandel, Zufälle und Unglücksfälle herausgefordert. Sind die Individuen selber verantwortlich, damit einen Umgang zu finden? Oder stehen auch der Staat und die internationale Gemeinschaft in einer rechtlichen und moralischen Verantwortung? Mit dem Klimawandel stellt sich diese Frage akut.

Von Elisa Fornalé

Der kürzlich von Klaas Landsman und Ellen van Wolde herausgegebene Band «The Challenge of Chance» erinnert uns in ziemlich provokativer Weise daran, dass der Mensch «durch Zufälle immer wieder vor Herausforderungen gestellt wird, und dies mindestens seit der Antike.» Aufgezeigt wird, wie zentral Wandel, Unglück und Schicksal für das menschliche Leben sind und dass – zumindest in westlichen Ländern – Regierungen eine Tendenz haben, die Bürgerinnen und Bürger vor Unglücksfällen beschützen zu wollen, insbesondere durch das Sozialversicherungssystem. Heutzutage wird dieser Ansatz jedoch zunehmend ersetzt, indem die Verantwortung des einzelnen Individuums bekräftigt wird. Trotzdem fördert das Buch unser Bewusstsein, dass Zufälle eine unausweichliche Tatsache der menschlichen Realität sind. Der Ansatz trägt auch dazu bei, den Zusammenhang zwischen Umweltereignissen – seien sie zufällig oder nicht – und menschlicher Mobilität aus rechtlicher Sicht besser zu verstehen.

Naturkatastrophen wie Erdbeben und Überflutungen – aber auch schleichende Umweltveränderungen wie Trockenheit, Wüstenbildung, Bodenerosion oder ein ansteigender Meeresspiegel, die mit dem Klimawandel in Zusammenhang stehen – sind eine Realität. Solche Ereignisse können die betroffenen Gebiete und Gesellschaften bedrohen und zu Umsiedlungen führen. Weniger entwickelte Länder sind ihnen stärker ausgesetzt, da sie verwundbarer und weniger anpassungsfähig sind.

Wie viele Menschen in den kommenden Jahrzehnten aufgrund von klimatischen Bedingungen und anderen Faktoren umsiedeln müssen, ist schwierig vorherzusagen. Eindeutig ist hingegen, dass nur wenige Länder gerüstet sind für die umweltbedingte Migration. Dies führt zu rechtlichen und ethischen Herausforderungen: Wie kann der Zusammenhang zwischen Umweltveränderungen und

menschlicher Mobilität aus rechtlicher Sicht definiert werden? Konkret: Wer ist – rechtlich und moralisch betrachtet – verantwortlich für die menschliche Mobilität innerhalb und zwischen verschiedenen Staaten? Wie können Staaten, aber auch Individuen, mit den Auswirkungen der Umweltveränderungen umgehen? Inwiefern existieren rechtliche Instrumente oder werden solche geschaffen?

«Das existierende internationale rechtliche Regelwerk ist nicht nur ungenügend, sondern auch anachronistisch.»

In der Tat besteht ein Mangel an definitorischer Klarheit auf internationaler und nationaler Ebene. Ein Schlüsselbegriff, der das Phänomen auf den Punkt bringt, ist der Begriff des «Klimaflüchtlings». Dieser wurde ursprünglich benutzt, um ein apokalyptisches Szenario zu beschreiben, in dem die Industrieländer überflutet würden von Millionen von Klimaflüchtlingen. Das Konzept suggeriert, dass wir uns vor solchen Menschen fürchten sollten und dass es sich um eine «Symptomatik, die verhindert werden soll» handelt. Die akademische Debatte scheint in der Tat so weit fortgeschritten, dass eine neue, positivere Sprache Einzug gehalten hat: So beinhaltet «Umweltmigrant» – der andere Schlüsselbegriff – die Option, Migration als Adaption zu interpretieren. Dies bedeutet, dass Migrantinnen und Migranten nicht länger als Opfer von Umweltzerstörungen betrachtet werden, sondern als «Agenten der Selbsthilfe». Migration wird als individuelle Anpassungsstrategie dargestellt, welche die Widerstandsfähigkeit des Individuums erhöhen kann, dies insbesondere in Zusammenhang mit schleichenden Naturkatastrophen. Jedoch kann auch diese positivere

Einstellung negative Folgen haben, wird doch die Verantwortung vom Staat hin zum Individuum verlagert. Konkret wird jedem einzelnen Individuum die Aufgabe delegiert, mit unsicheren Lebenssituationen bis hin zum Verlust der Existenzgrundlage selber umzugehen. Nicht alle Individuen können jedoch an Migrationsbewegungen teilnehmen. Dieser Sichtweise entspricht es, klimatische Einflüsse als bloße «Herausforderungen durch Zufälle» darzustellen, die gewissermaßen unvorhersehbar sind und die sich deshalb ausserhalb des Handlungsspielraums des Staates befinden.

Wenn wir von den negativen Folgen von Umweltveränderungen sprechen und von der menschlichen Mobilität, die dadurch ausgelöst wird, sollten wir nicht vergessen, dass es sich dabei um Phänomene handelt, die keine Landesgrenzen kennen. Deutlich wird dabei auch, dass weder die inländischen Rechtssysteme noch die Fokussierung auf Individualismus als Lösungsansätze ausreichen, um mit den Phänomenen umzugehen. Und das existierende internationale rechtliche Regelwerk ist nicht nur ungenügend, sondern auch anachronistisch. Die Suche nach einem einheitlichen normativen Rahmenregelwerk, das Rechtsstaaten und Individuen miteinander verbindet, bleibt jedoch eines der Anliegen der Internationalen Gemeinschaft. So hat die «New Yorker Erklärung zu den Flüchtlingen und Migranten» bestätigt, dass die negativen Auswirkungen des Klimawandels und von Naturkatastrophen als Treiber für Migration Thema der internationalen Verhandlungen zum «Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration» sein sollen. Dieses Rahmenwerk soll bis 2018 verabschiedet werden. Es soll eine internationale normative Zusammenarbeit ermöglichen, die über die «Herausforderung durch den Zufall» hinausgeht.

Kontakt: Prof. Dr. Elisa Fornalé, SNF-Förderprofessorin, World Trade Institute (WTI), elisa.fornale@wti.org



Was kann die Wissenschaft noch zur Nachhaltigkeit beitragen?

Als Alternative zu ideologisch gefärbten Umbrüchen aller Couleur ist eine wissenschaftsbasierte «grosse Transformation» in Richtung Nachhaltigkeit gefragt. Damit die Wissenschaft hier einen entscheidenden Beitrag leisten kann, muss sie sich jedoch erst einmal selbst verändern.

Von Karl Herweg

Nachhaltige Entwicklung sehe ich als globale Vision von sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit bei gleichzeitig schonender Nutzung begrenzter natürlicher Ressourcen. Nach Schätzungen des WWF verbrauchen wir global zurzeit etwa 1,6 Erden, in den Industrieländern sogar 3 bis 5 Erden. Wir hinterlassen einen gewaltigen ökologischen Fussabdruck, dessen Folgen niemand genau abschätzen kann. Für mich ist die Frage daher nicht, ob wir unser Verhalten ändern, sondern wie schnell und massiv wir es verändern müssen. Der «Wissenschaftliche Beirat der deutschen Bundesregierung Globale Umweltveränderung» (WBGU) spricht hier von der Notwendigkeit einer «grossen gesellschaftlichen Transformation», gekennzeichnet durch enorme Innovationsleistungen und Verhaltensänderungen. Als Universitätsangehöriger überlege ich mir, welche Beiträge wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler leisten können und wollen.

Naheliegender wäre, noch mehr Wissen zu produzieren. Doch an mangelndem Wissen kann es nicht liegen, dass globale Probleme längst nicht gelöst sind. Erkenntnisse zur nicht-nachhaltigen Entwicklung werden seit langem veröffentlicht, etwa in den «Grenzen des Wachstums» (Meadows 1973, Randers 2013), dem «Millennium Ecosystem Assessment» (2003) oder im «Brennpunkt Klima Schweiz» (2016, mit über 70 Autorinnen und Autoren). Jeweils mit eindringlichen Appellen an Politik und Öffentlichkeit, endlich zu handeln. Forschungsergebnisse haben zwar immer wieder zu Verbesserungen geführt, doch der grosse Durchbruch in Richtung nachhaltige Entwicklung blieb bislang aus. Was machen wir falsch?

Solange sich die Wissenschaft vor allem auf Erkenntnisgewinn und dessen Publikation konzentriert, bleibt sie meines Erachtens deutlich unter ihren Möglichkeiten. Die meisten zentralen Fragen der Nachhaltigen

Entwicklung betreffen eine sozial und wirtschaftlich gerechte Nutzung natürlicher Ressourcen, also hochkomplexe Gesellschaft-Umwelt-Verflechtungen. Um solche sozial-ökologischen Systeme gesamthaft erforschen zu können, sind interdisziplinäre Ansätze erforderlich. Nun führt aber besseres Systemverständnis allein nicht automatisch zu Nachhaltiger Entwicklung. Gefragt sind stattdessen Lösungen. Die Wissenschaft kann und soll sich daran beteiligen, konkrete Schritte zu erarbeiten, umzusetzen, zu überprüfen und anzupassen – und zwar gemeinsam mit betroffenen Akteuren. Dies bezeichnen wir als transdisziplinären Ansatz.

«An mangelndem Wissen kann es nicht liegen, dass globale Probleme längst nicht gelöst sind.»

Nachhaltigkeit ist für mich kein genau definierbarer Endzustand, sondern eher ein bewegliches Ziel, ein ergebnisoffener, partizipativer Such-, Lern- und Gestaltungsprozess. Bis jetzt haben wir uns dabei auf Veränderungen innerhalb unseres sozial-ökologischen Systems konzentriert, beispielsweise auf die Entwicklung ressourcenschonender Technologien. Es deutet aber vieles darauf hin, dass eine solche «Kosmetik» unseren ökologischen Fussabdruck nicht wirklich verringern wird, etwa wenn ein Energiesparereffekt durch höheren Konsum zunichtegemacht wird – ein sogenannter Rebound Effekt. In diesem Fall müssen wir über eine grundsätzliche Veränderung des Systems nachdenken, das unter dem Mantra ständigen Wachstums Ressourcen zuverlässig zerstört.

Die vom WBGU vorgeschlagene grosse Transformation bezieht sich ja ausdrücklich auf signifikante Veränderungen. Meine Interpretation ist, dass sich auch die

Wissenschaft als Teil der Gesellschaft verändern muss. Inter- und transdisziplinäre Forschung sowie universitäre Bildung für Nachhaltige Entwicklung bedeuten, nicht nur mit anerkannten disziplinären Standards weiterzufahren, sondern eigene Denkansätze zu reflektieren – und zusätzlich innovative Theorien, Konzepte und Methoden der Forschung und Lehre zu entwickeln. Erforderlich sind also disziplinübergreifende Konzepte und aufeinander abgestimmte natur- und sozialwissenschaftliche Methoden. Wer mit anderen Disziplinen und gesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten soll, braucht darüber hinaus soziale Kompetenzen sowie Know-how in Management und Kommunikation. Dies wird nicht in allen Studienprogrammen vermittelt.

Zurzeit sind einer wissenschaftlichen Karriere allerdings disziplinäre Ansätze förderlicher als inter- und transdisziplinäre Arbeiten, die ein Mehr an Koordination, Aufwand und Kommunikation beinhalten. Es ist schwieriger, Journals und Reviewer für inter- und transdisziplinäre Publikationen zu finden, die häufig als nicht wissenschaftlich diskreditiert werden.

Ich stelle die Bedeutung disziplinärer Forschung und Lehre nicht infrage, halte sie aber in Bezug auf Nachhaltigkeit nicht für ausreichend. Ob inter- und transdisziplinäre Forschung und Bildung einen Durchbruch zur Lösung unserer globalen Probleme beschleunigen werden, wissen wir nicht. Ich bin aber der Meinung, dass die Wissenschaft durch mehr Engagement in diesen Bereichen zumindest versuchen sollte, eine wissenschaftsbasierte Transformation voranzutreiben. Sozusagen als Alternative zu den ideologisch gefärbten Umbrüchen, die wir zurzeit auf verschiedensten politischen Bühnen beobachten.

Kontakt: Dr. Karl Herweg,
Centre for Development and Environment (CDE),
karl.herweg@cde.unibe.ch





Energiewende – der Faktor Volk

Die Energiewende wird in der Schweiz nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger den langfristigen Nutzen entsprechender Massnahmen höher gewichten als die kurzfristigen Kosten. Dazu braucht es umfassende und frühzeitige Information und Diskussion.

Von Isabelle Stadelmann-Steffen

Die Energiewende – also der Übergang von konventionellen und fossilen hin zu erneuerbaren Energiequellen und geringerem Energieverbrauch – ist eine der grössten aktuellen Herausforderungen von Nationalstaaten. Natürlich geht es dabei zunächst darum, neue technische Lösungen und politische Instrumente zu suchen und zu entwickeln. Die Energiewende hat aber auch eine ebenso wichtige gesellschaftspolitische Seite: Das produktivste Windrad und die ideal designte Ökosteuer nützen nichts, wenn sie sich nicht realisieren lassen. Der Frage, wie neue Technologien und effektive Lösungen *politisch* umgesetzt werden können, kommt deshalb eine zentrale Rolle zu. In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird dieser Aspekt unter dem Schlagwort der *sozialen Akzeptanz* diskutiert. Diese soziale Akzeptanz zu «schaffen» und dadurch politische Mehrheiten für entsprechende Vorhaben zu gewinnen, ist eine Herausforderung, die nicht unterschätzt werden darf, wenn die Energiewende gelingen soll.

Während in den meisten Ländern Politik und Behörden abschliessend über die Umsetzung neuer Technologien und Lösungen entscheiden, kommt in der schweizerischen direkten Demokratie die Besonderheit dazu, dass diese Vorhaben oft auch die explizite Gunst der Bevölkerung gewinnen müssen. Natürlich ist eine erfolgreiche Energiewende auch in Ländern ohne direkte Demokratie auf einen gewissen Rückhalt der Bevölkerung für entsprechende Massnahmen angewiesen. Wie ich im Folgenden aufzeigen möchte, gibt es aber einige Argumente, die dafür sprechen, dass der «Faktor Volk» im schweizerischen System für den angesprochenen Transitionsprozess eine besondere Hürde darstellt. Ich beziehe mich dabei nicht zuletzt auf Befunde unseres laufenden Projekts «Akzeptanz erneuerbarer Energie» im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms NFP 71.

«Die Bevölkerung ist über die Funktionsweise zentraler Instrumente, wie etwa ökologische Steuern, wenig informiert oder glaubt nicht an ihre Wirkung.»

Zunächst ist die Tatsache zu nennen, dass politische Vorlagen zu erneuerbarer Energie – wie viele umweltpolitische Massnahmen – von einem ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnis gekennzeichnet sind. Auf der einen Seite sind die Kosten für entsprechende Massnahmen und Projekte meist sehr gut sichtbar und fallen kurzfristig an. Auf der anderen Seite ist der (ökologische) Nutzen dieser Vorlagen weit diffuser, längerfristiger und weniger gut sichtbar.

Während Politikerinnen und Politiker diesem längerfristigen gesellschaftlichen Nutzen mindestens theoretisch eher Rechnung tragen, neigen Bürgerinnen und Bürger dazu, die klar definierten, kurzfristigen Kosten stärker zu gewichten als den unsichereren, längerfristigen Nutzen. In unseren Analysen widerspiegelt sich dieser Sachverhalt im Befund, dass die Unterstützung erneuerbarer Energievorlagen sehr stark von den für die Haushalte resultierenden Kosten abhängt. Dass die Vorlage über das neue Energiegesetz, der die Bevölkerung am 21. Mai 2017 zustimmte, nur mit sehr geringen Kosten verbunden war, kann entsprechend als wichtiger Erfolgsfaktor gesehen werden. Für die Zukunft stellt sich jedoch die Frage, wie umfassendere und damit vielleicht effektivere Lösungen, die typischerweise höhere wahrgenommene Kosten verursachen, an der Urne erfolgreich sein können.

Eine zweite Herausforderung stellt die hohe Komplexität neuer technischer Lösungen und politischer Instrumente dar. «Neu» unterstellt per Definition etwas Unbekanntes, Unsicheres, schwer Verständliches – allesamt Charakteristiken, die sich als Hürde der politischen Akzeptanz erwiesen. In unseren Analysen können wir diesbezüglich auch zeigen, dass die Bevölkerung über die Funktionsweise zentraler Instrumente, wie etwa ökologische Steuern, wenig informiert ist oder nicht an ihre Wirkung glaubt. Dadurch wird der oben angesprochene Nutzen neuer Technologien und Instrumente unterschätzt.

Dieser Befund deutet auch an, wie wichtig Kampagnen und Informationen sind. Dabei erweist sich jedoch das sogenannte «Negative Campaigning» als strukturell im Vorteil: Gerade Informationen und Argumente über mögliche Risiken und negative Effekte beeinflussen die Einstellungen der Bevölkerung besonders stark. In der kurzen Dauer eines Abstimmungskampfs lassen sich diese kaum durch positive Gegenargumente kompensieren. Dies spricht dafür, dass der langfristigen, proaktiven Information und Diskussion über erneuerbare Energie und ihren Nutzen eine wichtige Rolle zukommt.

Abschliessend ist zu bemerken, dass die genannten Herausforderungen in Bezug auf den «Faktor Volk» auch ihre positiven Konsequenzen haben. Wenn es gelingt, die Bevölkerung durch langfristig angelegte Diskussion, Information und Teilhabe zu informierten Entscheiden zu befähigen, kann dies für die Legitimität der getroffenen Entscheide nur von Vorteil sein.

Kontakt: Prof. Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen, Institut für Politikwissenschaft (IPW), isabelle.stadelmann@ipw.unibe.ch

Weitere Informationen: www.nfp71.ch -> Projekte -> Modul 4



Den religiösen Frieden sichern

Religion gilt heute als Privatsache, bereits ein Viertel der Bevölkerung mag sich überhaupt nicht mehr zu einer Glaubensrichtung bekennen. Dennoch steigt die Gefahr religiöser Konflikte auch in der Schweiz.

Von Stefan Huber

In den ersten vier Jahrhunderten nach der Reformation wurde der religiöse Frieden in der Schweiz hauptsächlich durch die räumliche Trennung von Katholiken und Reformierten gewährleistet. Man begegnete sich kaum und tat sich so nicht weh. Mit der zunehmenden Säkularisierung ging und geht die religiöse Durchmischung der Bevölkerung einher. Zugleich nimmt der Einfluss der Landeskirchen ab. So gehörten im Jahr 2015 nur noch rund 62 Prozent der schweizerischen Wohnbevölkerung einer der beiden grossen Landeskirchen an. Es ist absehbar, dass dieser Anteil unter 50 Prozent fällt. Unter diesen Bedingungen gründet der religiöse Frieden vor allem auf der «Privatisierung» der Religion. Religion erscheint als eine Privatangelegenheit, über die sich ein Streit kaum lohnt. Jede und jeder solle nach ihrer und seiner Fassung selig werden.

«Neue religiöse Akteure haben allein schon wegen ihres Wachstums ein gestärktes Selbstbewusstsein.»

Manche erwarten, dass Religion in Westeuropa und der Schweiz schon bald zu einem Randphänomen werde, mit dem sich nur noch wenige Menschen beschäftigen. Als Argument wird angeführt, dass der Anteil von Personen ohne Religionszugehörigkeit in den letzten 40 Jahren rasant von 1 auf 24 Prozent angewachsen ist, Tendenz weiter steigend. In letzter Konsequenz sollte dadurch auch die Frage nach der Sicherung des religiösen Friedens verschwinden. Meiner Ansicht nach ist diese Erwartung trügerisch.

Trotz der Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen des Religiösen bleibt Religiöses oder Spirituelles auf der persönlichen Ebene in einer immer bunten

werdenden Vielfalt von Glaubensinhalten, Praktiken und Erfahrungen präsent. Das belegen die Zahlen der im Jahr 2014 vom Bundesamt für Statistik durchgeführten Befragung zu «Religion, Sprache und Kultur». Diese Studie hat eine besonders hohe Aussagekraft, da nach allen Regeln der Umfrageforschung mehr als 16 000 Personen der schweizerischen Wohnbevölkerung befragt wurden. Danach glauben etwa 90 Prozent daran, dass es jenseits der naturgesetzlich beschreib- und berechenbaren Wirklichkeit noch «etwas» gibt. Die Palette ist vielfältig, neben den Gott Jesu Christi treten Allah, höhere Mächte, Engel, Geister, Schicksal und mehr. Und gut 80 Prozent setzen sich zumindest gelegentlich mit dieser «übernatürlichen» Wirklichkeit in Verbindung. Auch hier ist die Palette bunt. Neben Gebet und Meditation treten Konsultationen von Horoskopern und Heilern, die Ausübung spiritueller Techniken, die Teilnahme an esoterischen Ritualen und mehr. All das zeigt: Das Religiöse bleibt ein wesentlicher Bestandteil menschlichen Lebens.

Dabei treten auch neue religiöse Akteure auf, die inzwischen rund 13 Prozent der schweizerischen Wohnbevölkerung repräsentieren (Islam: 5 Prozent; andere Religionen, insbesondere Buddhismus und Hinduismus: 2 Prozent; andere christliche Gruppen, insbesondere Freikirchen: 6 Prozent). Die meisten dieser Gruppen haben allein schon wegen ihres Wachstums ein gestärktes Selbstbewusstsein und treten verstärkt für ihre Interessen ein. Nicht zuletzt sind sie daran interessiert, neue Mitglieder zu gewinnen. Dazu kommt, dass auch säkularistische Organisationen, die offensiv für eine radikale Trennung von Religion und Staat eintreten und Religiöses so weit wie möglich aus dem öffentlichen Raum verbannen möchten, Zulauf haben und ebenfalls mit einem gestärkten Selbstbewusstsein agieren.

Durch diese Umgestaltung der religiösen Landschaft steigt die Wahrscheinlichkeit

und Intensität religiöser Konflikte. Dabei sind erstens Konflikte innerhalb religiöser Gruppen über den richtigen Kurs zu nennen. Die Konfliktlinie verläuft zwischen folgenden Polen: Anpassung an den Zeitgeist oder Profilierung durch ein Kontrastprogramm. Bei den Landeskirchen kommt eine dritte Position hinzu, nämlich die Profilierung als staatstragende und friedensstiftende Institution, die eine mit der Aufklärung kompatible religiöse Grundbildung zu garantieren versucht. Zweitens können sich Konflikte zwischen religiösen Gruppen verstärken. Dies betrifft insbesondere Gruppen, die sich durch ein Kontrastprogramm zum herrschenden Zeitgeist profilieren. Drittens kommt es zu Konflikten zwischen religiösen Gruppen und staatlichen Institutionen aufgrund abweichender ethischer Normen. Konfliktpunkte sind hier die Rolle der Frau (Ausschluss von Ämtern, Unterordnung unter den Mann, Verschleierung) sowie sexualethische (Sexualkunde) und familienpolitische Fragen (gleichgeschlechtliche Ehen, Adoptionsrecht). Und schliesslich können sich Konflikte auch an religionskritischen Vorstössen säkularistischer Gruppen entzünden, die sich gegen religiöse Symbole im öffentlichen Raum richten.

Derartige Konflikte sind kaum vermeidbar, sie können jedoch im Rahmen einer Kultur des interreligiösen Friedens entschärft werden. Eine derartige Kultur erfordert vor allem eine freie, interreligiös ausgerichtete Selbstreflexion möglichst aller religiösen Gruppen. Orte dafür könnten Theologische Fakultäten sein, wenn sie in interreligiöser Perspektive umgebaut werden. Darüber hinaus können zivilgesellschaftliche Akteure, die sich aktiv für interreligiöse Verständigung einsetzen, eine friedensstiftende Rolle spielen.

Kontakt: Prof. Dr. Stefan Huber, Institut für Empirische Religionsforschung, stefan.huber@theol.unibe.ch

Im Einsatz für die Gebirgsbiodiversität

Die Biodiversität in Bergregionen ist ein kostbares Gut. Um die Forschung auf diesem Gebiet voranzutreiben, bringt das in Bern angesiedelte Global Mountain Biodiversity Assessment (GMBA) über 1100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 83 Ländern näher zusammen. Das globale Forschungsnetzwerk schafft wichtige Grundlagen für die Politik.

Von Ivo Schmucki

Landwirtschaft, Klimawandel, Massentourismus: Die Biodiversität in Bergregionen wird von vielen Faktoren beeinflusst. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass die Biodiversität ein fragiles Gebilde ist und durch Umweltveränderungen aus dem Gleichgewicht geraten kann. Im Gebirge gibt es sehr viel Artenvielfalt, die sonst nirgendwo vorkommt. Der Nutzen dieser Ökosysteme ist für die Menschen unerlässlich, weshalb Umweltänderungen weitreichende Folgen haben können. Trotzdem wird der Stellenwert dieses Problems in der Politik nur wenig beachtet. Hier will das Global Mountain Biodiversity Assessment (GMBA) ansetzen.

Networking am Titicacasee

Das GMBA ist eine Plattform von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die weltweit an über 800 verschiedenen Institutionen zu Biodiversität im Hochgebirge forschen. Angesiedelt am Institut für Pflanzenwissenschaft der Universität Bern, versucht die Plattform, Forschende besser zu vernetzen. Eva Spehn, die gemeinsam mit ihrer Kollegin Davnah Payne das Projektbüro leitet, streicht heraus, wie wichtig das ist: «An einer Konferenz am Titicacasee haben wir Experimente zu Landnutzungsänderungen aus ganz Südamerika zusammengetragen. Dabei haben wir festgestellt, dass sich die Leute überhaupt nicht kannten. Die Forschenden aus Ecuador wussten nicht, was die Leute aus Venezuela machen, obwohl sie eigentlich sehr ähnliche Ansätze verfolgen.»

Mit der Vernetzung alleine ist es aber noch nicht getan. Zu den Hauptzielen des GMBA gehören auch ein erleichterter Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen

für Politikerinnen und Politiker sowie die Förderung und Synthese der Forschung zur Biodiversität im Gebirge.

Biodiversität bedeutet Selbstschutz

«Die Leute meinen meistens, Biodiversität bedeute einfach Artenvielfalt», sagt Eva Spehn – und präzisiert: «Sie geht weit darüber hinaus. Gemäss Biodiversitätskonvention der Vereinten Nationen umfasst der Begriff die Vielfalt der Arten, der Lebensräume und die genetische Vielfalt innerhalb der Arten.» Das gilt für das Flachland wie für die Berge. Dennoch gilt es hier zu unterscheiden: «In den Bergen hat man sehr viel Biodiversität auf kleinem Raum, weil viele Klimazonen direkt übereinandergestapelt sind. Die Diversität pro Quadratmeter in alpinen Lebensräumen ist auch sehr hoch, da es viele mikroklimatische Nischen gibt», so Eva Spehn. Hinzu komme, dass im Gebirge viele Arten vorkämen, die an die speziellen Bedingungen angepasst und sonst nirgendwo zu finden seien.

Für uns Menschen erfüllt die Bergbiodiversität überlebenswichtige Aufgaben: «Ohne Vegetation fehlt es den Steilhängen an Stabilität. Wenn der Boden verschwindet, dann kommt der Hang runter. Das stellt die Leute, die darunter leben, vor Probleme.» Die Erhaltung der Ökosystemfunktionen von Gebirgen bedeutet also auch Selbstschutz. Die Liste mit wertvollen Aufgaben kann lange fortgesetzt werden: «Die Hälfte der Menschheit hängt vom Wasser ab, das aus den Bergen kommt», erinnert Eva Spehn eindringlich.

Das richtige Mass finden

Der Klimawandel bewirkt aktuell einen Anstieg der Artenvielfalt. «Wir befürchten

aber, dass in Zukunft immer mehr wärme-liebende Arten aus dem Tal ins Gebirge aufsteigen und typische Gebirgsarten verdrängen», gibt Davnah Payne zu bedenken. Ein weiteres grosses Problem stellt der Landnutzungswandel dar. Hier gibt es global zwei Tendenzen: «Bei uns im Gebirge zieht sich die Landwirtschaft zurück. Im Urserental im Kanton Uri zum Beispiel kam durch die Aufgabe der Beweidung die Grün-Erle auf. Dieser Busch fixiert Stickstoff im Boden und die Wasserqualität wird dadurch schlechter. Gleichzeitig verhindert die Grün-Erle das Aufkommen von anderen Arten und damit die Rückkehr des Bergwaldes, der viel besser vor Erosion und Lawinen schützt», sagt Spehn.

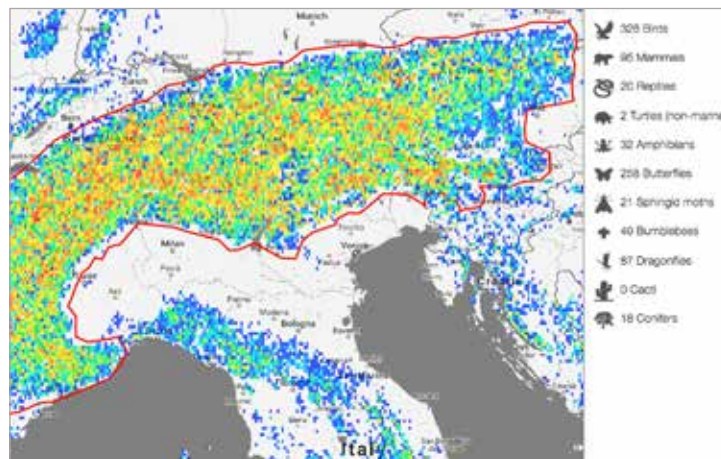
Anders sehe es im tropischen Hochgebirge aus, wo eine Intensivierung der Landnutzung stattfindet: «Wenn ein Nebelwald, eines der artenreichsten Ökosysteme der Welt, abgeholzt wird, verliert man sehr viel Biodiversität.» Bei der landwirtschaftlichen Nutzung ist das Mass entscheidend: «Es ist wichtig, dass der Boden extensiv, also nachhaltig genutzt wird. Sowohl eine zu intensive als auch gar keine Nutzung verringert die Biodiversität», erklärt Eva Spehn.

Die Kartografierung der Forschung

Um die Forschung weiterzubringen, initiiert das GMBA auch selbst Forschungsprojekte zur Biodiversität in Bergregionen, zum Beispiel im Kaukasus, Himalaya, in den Anden und den Alpen. Den grossen Umfang an bestehenden Daten nutzt das GMBA, um die Forschenden zu informieren. In Zusammenarbeit mit der Yale University (Projekt «Map of Life») hat das GMBA



Wird weniger beweidet, kommt an Steilhängen die Grün-Erle auf und die Biodiversität sinkt: Hier im Urserental UR. (© Bild: Erika Hiltbrunner)



Übersicht zur Biodiversität im Alpenraum. Screenshot aus dem «Mountain Portal», www.mountainbiodiversity.com. (© www.mountainbiodiversity.com)

das «Mountain Portal» geschaffen. Dort werden biodiversitätsrelevante Daten in einem interaktiven Online-Kartentool zur Verfügung gestellt – und das für alle Gebirgsregionen der Welt, die das GMBA in mühsamer Kleinarbeit erfasst hat. Biodiversitätsforschende finden hier auch nützliche Daten zur Steilheit oder zu Lebensräumen in sämtlichen Gebirgen an einem Ort.

Das Portal enthält darüber hinaus Informationen zu Tier- und Pflanzenspezies, die auch für die Öffentlichkeit spannend sind. Mit einem Klick auf eine Gebirgsregion erhält man eine Liste der hier lebenden Arten. «Die «Map of Life» gibt es auch als Mobile-App», sagt Eva Spehn, «wenn man Wandern geht und einen Salamander sieht, kann man auf dem Mobiltelefon schauen, was für Salamanderarten überhaupt in der Umgebung vorkommen. Seine Beobachtung kann man in Zukunft direkt in der App eingeben. Das wird für uns ein wertvoller Beitrag, ganz im Sinne von Citizen Science.»

Von Bern aus die Politik aufklären

Der Einsatz für die Biodiversitätsforschung ist vor allem ein Bürojob: «Der Alltag besteht hauptsächlich aus E-Mails schreiben», gibt Eva Spehn schmunzelnd zu Protokoll. Das GMBA organisiert häufig Konferenzen und Workshops, aus denen gemeinsame Publikationen hervorgehen. Zudem unterstützt das Berner Team die Einwerbung von Forschungsförderung, indem es das Netzwerk über aktuelle Calls informiert.

Das GMBA-Netzwerk hat noch ein weiteres Ziel: Nicht nur die Wissenschaft soll gefördert werden – auch die Politik will man erreichen und das Problembewusstsein für die Gebirgsbiodiversität erhöhen. Dazu

entwickelt das Projektbüro Broschüren, Poster und Berichte, die das Wissen zur Biodiversität im Hochgebirge verständlich zusammenfassen. Um politische Akteure sinnvoll zu informieren, ist entsprechende Erfahrung ein Vorteil. Hierfür findet das GMBA an der Universität Bern ideale Bedingungen vor. Markus Fischer bringt als Projektleiter und Vorsitzender des internationalen Scientific Steering Committees des GMBA eine geballte Ladung Kompetenz an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik ins Projekt: Er ist neben dem GMBA auch als Präsident des wissenschaftlichen Beirats des Forum Biodiversität der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften und in der Intergovernmental Platform for Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) aktiv. «Diese Erfahrung hilft uns enorm», meint Eva Spehn. Darüber hinaus sind an der Universität Bern zwei weitere Forschungsprojekte von «Future Earth» beheimatet: Das Global Land Programme (GLP) und PAGES (Past Global Changes). «Auch die Mountain Research Initiative, unser Schwesternetzwerk, ist hier in Bern – es gibt viele Synergien und gemeinsame Aktivitäten», erklärt Davnah Payne.

Was motiviert die beiden im Einsatz für das Hochgebirge? «Gebirgsbiodiversität ist einfach faszinierend und wirft immer wieder neue wissenschaftliche Fragen auf», sagt Davnah Payne. «Und die Nachhaltige Entwicklung der Menschheit ist eine der Hauptherausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Dazu wollen wir im Kontext der Gebirgsbiodiversität etwas beitragen – mit Hilfe der Wissenschaft Handlungsmöglichkeiten aufzeigen», meint Eva Spehn.

Das Global Mountain Biodiversity Assessment (GMBA)

Das Global Mountain Biodiversity Assessment (GMBA) ist eine Plattform für internationale und transdisziplinäre Zusammenarbeit zur Beurteilung, Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Biodiversität im Hochgebirge. Es wurde im Jahr 2000 von der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) ins Leben gerufen und dient der Erfüllung der Agenda 21, einem Aktionsplan zur Nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen. Das GMBA ist Teil der internationalen Forschungsplattform «Future Earth» (ehemals DIVERSITAS) und wurde seit Beginn von Schweizer Institutionen finanziert (bis 2016 vor allem durch den SNF, seit 2017 von der SCNAT). Die ersten 15 Jahre war das GMBA unter der Leitung von Professor Christian Körner an der Universität Basel angesiedelt. Nach seiner Emeritierung wurde Professor Markus Fischer neuer Vorsitzender des Scientific Steering Committees und das Projektbüro befindet sich seit 2015 am Institut für Pflanzenwissenschaften der Universität Bern.

www.gmba.unibe.ch
www.mountainbiodiversity.org
www.futureearth.org

Kontakte: Projektbüro Global Mountain Biodiversity Assessment, gmba@ips.unibe.ch
 Dr. Eva Spehn, eva.spehn@ips.unibe.ch
 Dr. Davnah Payne, davnah.payne@ips.unibe.ch
 Prof. Markus Fischer, markus.fischer@ips.unibe.ch
Autor: Ivo Schmucki, ivo.schmucki@bluewin.ch

Die Laserzauberer von Bern

Am Institut für Angewandte Physik IAP der Universität Bern entwickelt Thomas Feuerer mit seinem Team und wissenschaftlichen Partnern aus der Schweiz und aus Südkorea neuartige Glasfasern für hocheffiziente Lasertypen. Die industrielle Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit einem KMU in der Schweiz und einem Konzern in Südkorea.

Von Marcus Moser

Thomas Feuerer ist überzeugt: «War das 20. Jahrhundert dasjenige der Elektronik, wird das 21. Jahrhundert dasjenige der Photonik werden.» Tatsächlich bildet die Photonik sowohl als Wissenschaft wie als Technologie die Grundlage der modernen Informationsgesellschaft. «Nehmen wir nur die Glasfaser. Sie ist heute das unverzichtbare Rückgrat des Internets», erläutert der Physiker. Glasfasern bestehen aus Quarzglas und dieses besitzt für die industrielle Verarbeitung sehr praktische Eigenschaften: Wird Quarzglas nämlich auf 2000 Grad Celsius erhitzt, erhält es eine Konsistenz wie Honig. Dann kann das Glas in jene haardicken Fäden gezogen werden, die Licht leiten oder Informationsdaten übertragen. «Die passiven Glasfasern wurden in den letzten zehn Jahren durch verschiedene Tricks weitgehend optimiert. Heute geht es noch darum, die Datenraten durch die Glasfasern zu erhöhen.» Das ist es nicht, was den Physiker und Laserspezialisten Feuerer interessiert.

Faserlaser als Ziel der Grundlagenforschung ...

Parallel zur Optimierung der passiven Glasfaser hat sich in den letzten Jahren ein Feld entwickelt, das auf Glasfasern fusst: die Glasfaserlaser. Diese Laser sind besonders interessant, weil sie sehr hohe Leistungen mit einer ausgezeichneten, gerichteten Strahlqualität kombinieren und insgesamt einen guten Wirkungsgrad haben, also energieeffizient sind. «Aus theoretischer Sicht kann man heute Faserlaser entwickeln, die fast 100 Kilowatt Leistung

emittieren», schwärmt Thomas Feuerer. «Wir arbeiten im Kanton Bern mit einer Firma zusammen, die mit fünf Kilowatt Laserleistung heute zwei Zentimeter dicken Stahl schneiden kann. Jetzt stellen Sie sich mal vor, sie hätten 100 Kilowatt Laserleistung zur Verfügung!» Am Horizont erscheinen neuartige Anwendungsmöglichkeiten, nicht zuletzt in der gerichteten Kommunikation von A nach B über grosse Distanzen.

Für Faserlaser sind spezifische Glasfasern nötig. Sie müssen mit verschiedenen chemischen Elementen «dotiert», also geimpft, sein. Diese Elemente sind für die aktiven, lichtverstärkenden Lasereigenschaften verantwortlich. Und hier beginnen die Schwierigkeiten: Wie schafft man es, in das Quarzmaterial die entsprechende Dotierung einzubringen? Nicht zufällig, sondern in präzisen Mengen und genauen Mischungsverhältnissen? «Die Eigenschaften eines aktiven Faserlasers hängen von verschiedenen Parametern ab. Die Qualität des Glases ist ein Faktor. Die Menge und Zusammensetzung der verwendeten Zusatzstoffe sind weitere Faktoren», erläutert Thomas Feuerer und lächelt. Zu Recht, denn zusammen mit seinem Team und seinem Partner Valerio Romano von der Berner Fachhochschule hat er die richtigen Mischungsverhältnisse für verschiedene Eigenschaften ergründet und getestet.

... und als Herausforderung für die Experimentatoren

Vor etwa zehn Jahren hatten Romano und Feuerer die entscheidende Idee: «Wir nehmen ein Röhrchen aus hochreinem Glas

und geben alle benötigten Elemente in der richtigen Konzentration dort hinein. Wenn wir es schaffen, aus dieser Pulvermischung Glas von ordentlicher Qualität zu machen, können wir verschiedene Mischungen herstellen und damit Faserlaser mit definierten Eigenschaften». Der Weg von der ursprünglichen Idee zum anwendungsorientierten Verfahren war dann aber doch länger. «Es ist unmöglich, den Prozess vorgängig in der Theorie zu berechnen. Wir haben die Verfahren Schritt um Schritt erprobt und die Ergebnisse immer wieder analysiert.» Hobbykoch Feuerer wagt sofort den Vergleich mit der Küche: «Es hatte durchaus etwas mit Alchemie zu tun. Es ist, wie wenn Ihnen in der Küche aus unterschiedlichen Ingredienzen schliesslich ein gutes Gericht gelingt».

Vom kleinen Kanton Bern in den grossen Markt

Mitentscheidend für den Durchbruch sind geeignete Ausgangsmaterialien. Da Glasfasern hauptsächlich aus Quarzsand bestehen, muss dieser in bestimmten Korngrössen und sehr guter Qualität zur Verfügung stehen. Zur Dotierung schliesslich kommen Seltene Erden zum Einsatz. Wiederum in bestimmten Korngrössen und Qualitäten. Das Mischverfahren und die Ingredienzen wurden über mehrere Jahre weiterentwickelt und im üblichen akademischen Prozess beschrieben. Feuerer erinnert sich: «Irgendwann kamen wir zu einem Entscheidungspunkt: Entweder gelingt uns nun der Transfer in die Industrie – oder wir geben das Projekt auf und wen-



Professor Thomas Feurer und Dr. Hyunjoo Kim vor dem in Bern entwickelten und in Südkorea gebauten «Laser Vitrification System». Mit einem Laserstrahl wird dotierter Quarzsand in Glas umgewandelt. (© Bild: Manu Friederich)

den uns anderen Dingen zu.» Wenn eine Kommerzialisierung gelingen soll, muss ein Hersteller gefunden werden, der die Inhaltsstoffe in guter Qualität und entsprechenden Mengen – es geht um Größenordnungen im Bereich von Kilogramm – erzeugen kann. Romano und Feurer wurden im Kanton Bern fündig. In Burgdorf arbeitet die Spezialfirma «ReseaChem», ein KMU mit rund zehn Angestellten. Burgdorfs Stadtpräsident Stefan Berger, Gründer von ReseaChem und bis Ende Dezember CEO der Firma, erinnert sich an den ersten Kontakt mit Thomas Feurer. «Die Anfrage des IAP war für uns beides: Freude und Herausforderung. Die Qualität unserer Arbeit wird geschätzt. Dank der erreichten Innovation in diesem Projekt können wir neue Produkte lancieren und hoffen, damit auch den Weltmarkt beliefern zu können».

Durchbruch in der Verfahrenstechnik

Mit der Bestimmung der richtigen Korngrösse, der richtigen Mischverhältnisse zwischen Quarzsand, Seltenen Erden und weiteren Ingredienzen zur Herstellung aktiver Glasfasern war ein erster Schritt getan.

Als Verfahren für den Mischprozess wird meistens ein Verdampfungsvorgang benutzt. Die verschiedenen Inhaltsstoffe wurden also zunächst verdampft und die Mischung nach einem Kühlungsvorgang gewonnen. Dieses etablierte Verfahren hat erhebliche Nachteile: Es verbraucht enorme Mengen an Energie, ist sehr langsam und erlaubt nur die Realisierung

einer begrenzten Zahl von Mischungsverhältnissen. «Wir suchten also ein Verfahren, dass weniger Energie verbraucht, schnell ist und beliebige Mischungsverhältnisse zulässt. Damit standen wir vor einer neuen Aufgabe: Wie konnte es gelingen, unsere «Pulvermischung» im Glasröhrchen direkt in Glas zu verwandeln, das zu einer Glasfaser gezogen werden kann?»

Eine knifflige Sache, zumal sämtliche Verunreinigungen ausgeschieden werden müssen und keine Luftblasen zurückbleiben dürfen. Das Team um Thomas Feurer suchte in experimentellen Anordnungen nach der Lösung. Im Grundsatz muss das Glasröhrchen mit der angereicherten Quarzsandmischung erhitzt werden. Feurer fand heraus, dass dies am besten unter Vakuumbedingungen, aber bei gleichzeitigem Durchfluss mit dem Edelgas Argon geschieht. Ein Laserstrahl, der auf die Anordnung gerichtet wird, erhitzt Glasröhrchen und Inhalt, bis das Gemisch schmilzt. Durch den fortgesetzten Argon-Durchfluss werden Verunreinigungen abgeführt. Die Abkühlung erfolgt derart, dass keine Kristalle entstehen, sondern ein Glas, das völlig amorph, ohne geordnete Strukturen ist. Auch hier gelang den Berner Physikern ein Durchbruch, das Verfahren erwies sich im Grundsatz als praktikabel. «Das war toll!», freut sich Feurer. «Aber dann sind wir mit unseren Forschungsanlagen wieder an eine Grenze gestossen: Wir können zwar Ergebnisse produzieren, aber keinen Industrieprozess realisieren. Da fehlt es uns schlicht an den technischen Möglichkeiten und am Personal.»

Eine kurze Geschichte des Lasers

1957 hatte der US-amerikanische Erfinder Gordon Gould eine Idee: Sollte es möglich sein, Atome durch Lichteinstrahlung dazu anzuregen, selbst Licht abzugeben und die ursprüngliche Einstrahlung so zu verstärken? Also «Light amplification by stimulated emission of radiation LASER»? Gould skizzierte das Verfahren in seinem Tagebuch und liess den Eintrag notariell beglaubigen, einen Patentantrag stellte er zunächst nicht. Das vertraute Kürzel war aber geboren und beschreibt gleichzeitig seine Funktionsweise: Lichtverstärkung durch stimulierte Emission von Strahlung. Sein Landsmann Theodore Maiman baute 1960 den ersten funktionierenden Laser. Heute existieren hunderte von Laservarianten, die zu unterschiedlichsten Zwecken eingesetzt werden können. Zum Lesen von CDs oder Strichcodes, zum Übertragen von Informationen in Netzwerken, zum Gravieren von Metallen oder zum Schneiden von Stahl.

Faserlaser

Am Institut für Angewandte Physik IAP der Universität Bern entwickelt Thomas Feurer aus spezifischen Glasfasern neuartige Faserlaser. Dabei bildet der sogenannte dotierte Kern einer Glasfaser das aktive Medium. Die Laserstrahlung, welche durch die laseraktive Faser geleitet wird, erfährt aufgrund der grossen Länge eine sehr hohe Verstärkung, was neuartige Anwendungen ermöglicht.



Daraus entstehen Faserlaser: Quarzsand im Spezialglas, dotiert mit Seltenen Erden.

(© Bild: Manu Friederich)

Grundlagenforschung aus Bern, Ingenieur-Knowhow aus Südkorea

Thomas Feurer suchte wiederum Partner, die er dank jahrelanger Kontakte in Südkorea fand. «Die Südkoreaner sind als Volk sehr technikaffin. Die Ingenieurinnen und Ingenieure sind grandios, es werden immer modernste Technologien eingesetzt und neue Entwicklungen sehr schnell realisiert.» Auf Feurers Initiative hin gründete das Berner Institut für Angewandte Physik mit dem südkoreanischen «Advanced Photonics Research Institute» APRI 2012 ein gemeinsames Forschungszentrum in Gangju, der «Stadt des Lichts». Als Industriepartner konnte mit «Taihan Fiber Optics» TFO einer der renommiertesten Glasfaserhersteller in Südkorea gewonnen werden.

Feuerrote Maschine

Stolz zeigt Feurer im Untergeschoss des Gebäudes für exakte Wissenschaften an der Sidlerstrasse die Früchte der gemeinsamen Anstrengungen: Eine rund zwei Meter hohe Maschine, die mit einer Sichttüre versehen und gesichert ist. Gebaut wurde dieses Laser Vitrification System von TFO, die Software für die Prozesssteuerung stammt von APRI.

Diese Maschine verwandelt die von der Burgdorfer Firma ReseaChem angelieferten Ausgangsstoffe zur sogenannten Pre-Form. Zu jenem Glas also, das über die richtige Dotierung mit getesteten Eigenschaften verfügt und das wiederum in Südkorea zu kilometerlangen, aktiven Glasfasern verarbeitet wird. Die Maschine ist so konstruiert und programmiert, dass sie den von Thomas Feurer und seinem Team erarbeiteten Prozess zur Herstellung von dotiertem Quarzglas selbständig durchführen kann.

Erfolgreiche Zusammenarbeit

«Neben meinen persönlichen Kontakten profitieren wir auch von einem bilateralen Abkommen zwischen Südkorea und der Schweiz» betont Thomas Feurer. Die beiden Länder waren bereits 2013 übereingekommen, ihre grenzüberschreitende Innovationszusammenarbeit zu stärken. «Komplementäres Wissen und Know-how beider Länder sollen zusammengeführt werden», schreibt das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI hierzu auf seiner Website. «Wir leben das tagtäglich», betont Feurer. Aber geht das wirklich ganz ohne Schwierigkeiten? «Die sprachlichen Hürden sind gross, die Wahrscheinlichkeit von Missverständnissen ebenfalls», meint Thomas Feurer. «Wir haben inzwischen eine Postdoc-Forscherin aus Südkorea angestellt. Sie ist eine exzellente Wissenschaftlerin und hilft uns, als unser Bindeglied die Kommunikation gut zu gestalten.»

Win-win-win-win

Seit 2017 läuft das Projekt mit Erfolg. Die Firma ReseaChem stellt die Rohmaterialien her, das Institut für Angewandte Physik erstellt in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Burgdorf die Mischungen und produziert im Apparat von TFO mit der Software von APRI die gläserne Pre-Form. Aus der Pre-Form werden in Südkorea durch TFO aktive, dotierte Glasfasern gezogen und wieder ins IAP geschickt. Verträge regeln im Hintergrund die jeweiligen Rechte und Pflichten der verschiedenen Partner.

Die Geschichte ist hier aber noch nicht abgeschlossen. «Ich investiere etwa zwei Drittel meiner Arbeitszeit in Grundlagenforschung, ein Drittel widme ich der Suche nach industriellen Anwendungen», meint

Exemplarische Zusammenarbeit

Die wissenschaftlichen Grundlagen für die beschriebene Anwendung wurden von der Gruppe um Thomas Feurer am Institut für Angewandte Physik IAP der Universität Bern gemeinsam mit der Fachhochschule Burgdorf sowie Wissenschaftspartnern in Südkorea erarbeitet. An der industriellen Umsetzung sind ein KMU im Kanton Bern sowie ein Konzern in Südkorea beteiligt. Das Projekt wird durch bilaterale Förderungsabkommen zwischen dem Korea Institute for Advancement of Technology KIAT, dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI und der Kommission für Technologie und Innovation KTI unterstützt.

Feurer. «Jetzt ist wieder die Grundlagenforschung an der Reihe». Die Glasfaserknäuel, die aus Südkorea wieder nach Bern kommen, sind de facto Laser – Faserlaser. Beim Faserlaser wird das Licht in der Faser verstärkt. Und sie haben einen zentralen Vorteil: «Faserlaser sind sehr energieeffizient», unterstreicht Thomas Feurer. «Das ist die eine Sache. Die andere: Die Qualität des Lichts ist hervorragend.» Hier öffnen sich neue Zukunftsmärkte. Der Grundlagenforscher ist im Element: «Wir wollen jetzt Faserlaser-Systeme entwickeln, auch solche, die selber lernen». Es ist anzunehmen, dass industrielle Anwendungen nicht lange auf sich warten lassen werden.

Kontakt: Prof. Dr. Thomas Feurer, Institut für Angewandte Physik IAP, thomas.feurer@iap.unibe.ch

Jessica Bollag will zurück nach Eldon

Countrymusik, riesige Felder, derbe Spässe, Waffen: Die Klischees über den Mittleren Westen, über die Rednecks oder Hillbillys, sind verbreitet. Die junge Berner Anthropologin Jessica Bollag hat das Dorf Eldon in Iowa besucht und einen beeindruckenden Dokumentarfilm über die Folgen der landwirtschaftlichen Industrialisierung gedreht.

Von Marcus Moser

Sie haben Ihren ethnografischen Film «I'm not leaving Eldon» bereits an 15 Festivals gezeigt und den Preis «Best Graduate Student Film» der American Society for Visual Anthropology gewonnen. Immer noch etwas überrascht?

Sehr, damit hätte ich nie gerechnet! Zuerst habe ich mir gedacht, dass ich den Film nur in meinem Umfeld und in Eldon zeigen würde. Und nun kann ich den Film im Oktober auch noch in Finnland präsentieren.

Wie kamen Sie auf die Idee, einen Film als Abschlussarbeit zu drehen?

Filmen hat mich schon immer interessiert. Als Kinder haben wir jeweils die Tagesschau nachgedreht und unseren Hund als «Hundesrat» interviewt. Nach dem Bachelorabschluss an der Uni Fribourg habe ich die Masterstudiengänge in der Schweiz verglichen. Da ist mir aufgefallen, dass an der Uni Bern ein Teil der Masterarbeit in Sozialanthropologie als audiovisuelles Werk abgegeben werden kann. Das wollte ich tun.

Und wie kamen Sie auf das konkrete Thema?

Durch Zufall. Ich habe bei einem Freiwilligeneinsatz in Costa Rica eine der späteren Protagonistinnen in meinem Film kennengelernt. Als Ellen dann im Jahr 2010 geheiratet hat, wurde ich eingeladen. Ellen lebt in Eldon. Das wurde zu meinem ersten Besuch in Iowa.

Was haben Sie dort angetroffen?

Zunächst habe ich mich gefragt, was es in Iowa wohl zu sehen gibt und habe nicht viel erwartet (lacht). Als ich dann dort war, war ich vor allem beeindruckt. Zum Beispiel von dieser unendlichen Weite. Man fährt und fährt – und es gibt kaum Abwechslung. Nur unendlich grosse Mais- und Sojafelder. Vor allem aber beeindruckte mich die Offenheit der Menschen; die Freiheit, mit der sie leben und die Freiheit, die sie sich nehmen.



(© Bild: Adrian Moser)

Der Titel ihres Filmes heisst «I'm not leaving Eldon». Was ist Eldon?

Eldon ist ein Dorf im Süden von Iowa. Dort spielt der Film, dort wohnen die Menschen, die ich im Film porträtiere.

Diese Leute verlassen Eldon nicht. Viele andere haben es getan. Wieso?

Früher waren die Menschen dort Bauern und lebten von Selbstversorgung. Was übrig blieb, wurde gehandelt und verkauft. In den 1980er Jahren erlebte dieser Landstrich eine massive Wirtschaftskrise, parallel dazu wurde die Landwirtschaft industrialisiert. Immer mehr Felder wurden zusammengelegt und die riesigen Flächen grossmaschinell bestellt. Mit wenig Land konnte man wirtschaftlich nicht mehr überleben. Gleichzeitig braucht die industrialisierte Landwirtschaft weniger Arbeitskräfte. Die Leute fanden kein Auskommen mehr und wanderten ab.

Dann wurden in dieser Zeit viele Bauernhöfe aufgegeben?

Ja, dies führte zu einer Entvölkerung – mit den bekannten Nebenfolgen, dass die Geschäfte in den Dörfern nicht mehr rentieren, dass auch diese Leute wegziehen müssen. Ein Teufelskreis. In der Agrarkrise zwischen 1980 und 1990 sind 14,7 Prozent der Bevölkerung weggezogen. Im Jahre 1989 wohnten 1070 Personen in Eldon, 2015 waren es noch knapp 900.

Der Film

I'm not leaving Eldon. 2015, 49 Minuten, englisch gesprochen mit englischen Untertiteln. «An anthropological documentary about unlocked doors, fun and conflict in geographical isolation.»

«Die Menschen in Eldon haben eine bestimmte Widerstandskraft entwickelt. Dazu gehört, dass sie eben hart arbeiten, für sich selber schauen können und staatlichen Regelungen misstrauen. Sie wissen sich zu helfen.»

Jessica Bollag

Sie porträtieren Menschen, die Eldon nicht verlassen. Warum wollen die bleiben?

Das war genau meine Forschungsfrage. Warum verlässt man das «sinkende Schiff» eben nicht und zieht wie viele andere in die Stadt? Was motiviert die Menschen im Schlagschatten der Globalisierung?

Und?

Meine Antwort: Wegen des Gemeinschaftssinns, den sie haben. Die Solidarität ist sehr ausgeprägt. Die Menschen dort schaffen es, sich an wenigem zu erfreuen, und sie sind auf eine eigene Art stolz. Das tönt kitschig, entspricht aber meinen Erfahrungen. Die Leute sind mit dem Ort verwurzelt und sagen – vielleicht auch mit einem gewissen Trotz – ich bleibe, solange ich hier überleben kann.

Wie finanzieren die Leute ihr Leben?

Es gibt zwei multinationale Konzerne in Iowa: Den weltgrössten Landmaschinenhersteller John Deere und den Nahrungsmittelgroszkonzern Cargill. Viele der Bewohnerinnen und Bewohner von Eldon arbeiten direkt bei diesen Grossunternehmen oder sind indirekt von ihnen abhängig.

Das tönt nicht nach der Freiheit, von der Sie sprachen ...

Bezogen auf die Lohnabhängigkeit sicher nicht, nein. Mechanisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft machten aus ehemaligen Bauern prekär lebende Lohnarbeiter. Die riesigen Felder werden heute mit GPS-gesteuerten Mähmaschinen bearbeitet. Wer geblieben ist, bestellt seinen Garten. Gleichzeitig wird viel gejagt und gefischt; Fleisch zu kaufen ist eben teuer.

Iowa produziert mit riesigen Monokulturen für den globalisierten Nahrungsmittelhandel – exportiert wird etwa auch nach China. Verbinden die Leute in Eldon ihre Erfahrungen mit den globalen Zusammenhängen?

Ja, aber auf unterschiedliche Weise. Zwei meiner Protagonisten haben die Legitimationsstrukturen von Cargill übernommen: Sie sind stolz darauf, dass mit ihrer Produktion die Menschen andernorts auf der Welt ernährt

werden können. Ein anderer Mann in meinem Film äussert sich dagegen sehr kritisch über Monokulturen und gentechnisch veränderte Sorten zur Ertragssteigerung.

War es eigentlich schwierig, die Leute dazu zu bringen, sich filmen zu lassen?

Das war zu Beginn meine Hauptsorge. Aber Ellen fand das überhaupt kein Problem. Und es war dann auch keines. Die Leute hatten im Gegenteil Freude, dass sich jemand für sie interessiert. Und dann noch extra aus Europa kommt, um einen Film über sie zu machen.

Sie waren über drei Monate in Eldon. Immer mit der Kamera auf der Schulter?

Ja. Bis auf wenige, bewusst gewählte Momente immer. Weil die Kamera stets dabei war, ist sie irgendwann gar nicht mehr aufgefallen. Die Leute sind sehr offen, es war ihnen schlicht egal, dass ich da auch noch mit einer Kamera stand. Das könnte ich mir persönlich gar nicht vorstellen, ich möchte wissen, welche Aufnahmen wofür verwendet werden sollen. Sie nicht. Entsprechend erleichtert war die Filmerin in mir (lacht). Die Forschung hatte natürlich auch ihre anstrengenden Seiten: Ich habe beispielsweise in Ellens Küche gewohnt. Dann waren auch immer wieder Nachtschichten nötig, da ich tagsüber kaum Zeit fand, meine Beobachtungen zu verschriftlichen und weiter zu planen.

Sie zeigen in Ihrem Film viele Alltagsszenen. Dabei wirken einige ziemlich derb oder machohaft ...

Ich verstehe den Eindruck. Der «Männerüberhang» geht etwas auf meine Kappe: Ich hatte einfach viel weniger Filmmaterial mit Frauen. Dadurch entstand dieses Ungleichgewicht, das ich selber im Alltag aber nicht so empfunden habe. Mein Eindruck war: Die Frauen packen genauso mit an. Ich habe zwischendurch an Bäuerinnen in der Schweiz gedacht, die körperlich arbeiten, genauso wie die Männer. Denken Sie an die Szene mit dem Wohnmobil. Es sind die Frauen, die den Boden herausreissen und erneuern. Der Mann sitzt daneben und trinkt sein Bier ...

Ihre Protagonisten bezeichnen sich im Film selber als Rednecks, Hillbillies, ja sogar als White Trash, als



(© Bild: Adrian Moser)

weisser Abschaum. Eine extrem abwertende Bezeichnung. Warum tun die das?

Als Fremdbezeichnung ist die Bezeichnung White Trash in der Tat sehr abwertend und eine Art Kampfbegriff der abstiegsbedrohten Mittelschichten zur Abgrenzung gegen «unten». Einige der porträtierten Personen nennen sich nun tatsächlich selber so. Aber ich hatte den Eindruck, dass sie die von aussen zugeschriebenen Begriffe durch ihre Aneignung positiv umdeuten. So ähnlich, wie die Hip-Hop-Szene zum Teil mit dem Wort «Nigger» spielt.

Man nimmt immer wieder einen gewissen Stolz wahr. Worauf sind diese Menschen denn stolz?

Sie leben trotz aller Widerstände auf dem Land – und bleiben auch dort. Neben ihrem Job machen sie, was sie wollen. Die Menschen in Eldon haben eine bestimmte Widerstandskraft entwickelt. Dazu gehört, dass sie eben hart arbeiten, für sich selber schauen können und staatlichen Regelungen misstrauen. Sie wissen sich zu helfen. Sie können eben jagen, fischen, Land bebauen oder den Wagen reparieren. Und sie können ihr einfaches Leben auch geniessen, gerade weil sie in einer bestimmten Bescheidenheit leben. Es ist ihnen tatsächlich ziemlich egal, was andere über sie denken. Vor allem jene Oberschicht, die zwar viel Status hat, aber ohne Hilfe selber nichts mehr tun kann.

Waffen spielen in Ihrem Film eine wichtige Rolle ...

In einem Ausschnitt zeigt mir einer meiner Protagonisten unaufgefordert seine Waffensammlung, die Szene dauerte über zehn Minuten. Da gibt es einen Waffenschrank. Daneben hat er aber in jedem Raum des Hauses Waffen deponiert, die er mir dann alle erklärt hat. Da lief es mir tatsächlich kalt den Rücken hinunter.

Gleichzeitig werden aber die Türen in diesem Freundeskreis in Eldon nicht abgeschlossen. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Staatliche Institutionen sind in Eldon kaum bis gar nicht vorhanden. Im Dorf ist die Kriminalität ein Problem, weshalb die Waffen meines Erachtens in erster Linie als Beruhigungsstrategie dienen. Weiter muss ich hervor-

heben, dass nicht alle Bewohnerinnen und Bewohner den gleichen Umgang pflegen – weder mit Waffen noch mit nicht verschlossenen Türen.

Sie haben Ihren Film vor Trumps Präsidentschaftskampagne gedreht. Dessen Sieg wurde auch auf die Unterstützung durch weisse Unterschichtsangehörige zurückgeführt. Also durch Leute wie jene in Eldon ...

Ich war zwei Wochen nach der Wahl in Eldon. Ja, der Bezirk, in welchem Eldon liegt, hat für Trump gestimmt. Nachdem sie zweimal Obama gewählt hatten! Die Leute, die ich dort kenne, halten wenig von der Person Trump. Aber sein Slogan «America first» und seine protektionistischen Wahlversprechen, die haben verfangen.

Nach dem grossen Zuspruch – werden Sie nun Filmemacherin?

Das steht in den Sternen. Ich würde gerne eines Tages wieder einen Film drehen – und werde mich auf jeden Fall weiterhin mit Filmen beschäftigen.

Kontakt: Jessica Bollag, jessica.bollag@outlook.com

Jessica Bollag (1988) ist im Tessin aufgewachsen und hat an der Universität Bern einen Masterabschluss in Sozialanthropologie mit Fokus auf visuelle Anthropologie erworben. Während dem Studium war sie als Hilfsassistentin an der Universität Bern tätig. Danach hat sie beim Bundesamt für Kultur und bei der PHBern gearbeitet. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Anthropologie der Arbeit, soziale Schichten und ethnografisches Filmemachen.

UniPress Gespräch als Podcast

Sie können das Gespräch mit Jessica Bollag (inklusive Ausschnitte aus ihrem Film) sehen. Podcast unter www.unipress.unibe.ch.

Und immer wieder hebt sie ab

Sie wollte Dekorateurin werden oder Fotografin. Nun sitzt Sylvia Roth seit 33 Jahren in der Telefonzentrale der Universität Bern, und ist glücklich. Sie weiss, wie sich die Uni über die Zeit verändert hat. Und sie sich mit ihr.

Von Bettina Jakob

031 631 81 11, die Telefonnummer in die Zentrale der Universität Bern. Gewählt von allen, die suchen und wünschen. Sylvia Roth, die Frau am anderen Ende der Leitung hilft und findet. Sie ist die Verbindung zwischen Uni-intern und Uni-extern – seit 33 Jahren. «Es gab schon eine Zeit, in der ich gedacht habe: «Du kannst doch nicht dein ganzes Leben an der Uni verbringen!», gibt die technische Sachbearbeiterin unumwunden zu. Und eigentlich, so gesteht sie weiter, wollte sie schon gar nicht in einem Büro arbeiten. Ganz andere Pläne habe sie gehabt, und man glaubt den wachen Augen sofort: Schaufensterdekorateurin, Fotografin oder an die Kunstgewerbeschule. Es sei nun «anders gekommen». Es folgt kein bedauerndes Schulterzucken, vielmehr legt sich ein vielversprechendes Schmunzeln auf Sylvia Roths Gesicht.

Head-Set mit Mikrophon, zwei Bildschirme, bei Anruf nicht das erwartete Klingeln, sondern ein sonores Brummen. Die moderne computergestützte Telefonie, wie sie sich in der Zentrale der Abteilung Betrieb und Technik präsentiert, macht es beinahe unvorstellbar, wie die Liaison zwischen Sylvia Roth und der Uni Bern 1984 begann: Über Kipp-schalter, montiert auf einem abgeschrägten Holzpult, nahm die als Telefonistin angestellte Zwanzigjährige Anrufe auf den verschiedenen Leitungen entgegen, ununterbrochen. Den Hörer hielt sie zwischen Schulter und Wange geklemmt, um rasch im Telefonbuch eine gewünschte Telefonnummer hervorzublättern.

Hoch ging es zu und her in den 1980er Jahren, die Dienste des Dreierteams in der Telefonzentrale waren gefragt. Externe Fragen, interne Wünsche: «Die Forschenden mussten uns anwählen, wenn sie jemanden ausserhalb der Schweiz anrufen wollten», erinnert sich die 54-Jährige, die damals abertausende von ausländischen Telefonnummern eingetippt hat. Zahl um Zahl, tagein tagaus. Der Draht lief heiss, das gefiel der jungen Frau, doch der Eintönigkeit des Zahlentippens wurde sie schnell überdrüssig. Kein Drama



(© Bild: Manu Friederich)

damals für Sylvia Roth, betrachtete sie doch die Stelle an der Uni nur als «Übergangslösung, bis ich etwas Abwechslungsreicheres finden würde». Wieder ein Grinsen, sympathisch schelmisch. Nach zwei Jahren hatte die Telefonistin aus Ittigen genug: Kurzum wechselte sie zur Telekommunikationsfirma Ascom.

«Heute ruft nur noch an, wer verzweifelt ist.» Vielleicht zwanzig Mal am Tag summt gemäss Sylvia Roth das Telefon. Meist sind ausländische Studierende in der Leitung, die sich auf der Website nicht zurechtfinden. «Ich schätze es, Zeit zu haben, den Suchenden beim Finden zu helfen.» Die hektische Auslandtelefonie wurde ebenfalls weitgehend von der Telefonzentrale abgekoppelt, was Sylvia Roth schliesslich doch mit Wehmut füllt. Sie vermisst den Kontakt mit den Professoren, die sie früher auch persönlich kennengelernt hat: Als Dank für die vielen Anrufe ins Ausland wurden die Mitarbeiterinnen der Telefonzentrale oft an Institutsfeste eingeladen. «Oder die Geologen kamen auf ein Dankeschön vorbei, wenn wir wegen eines Afrika-Projekts unzählige Gespräche vermittelt hatten», erinnert sich Sylvia Roth.

Kaum Anrufe, wenig persönlicher Kontakt mit der Klientel: Ist es wieder langweilig geworden? Ihr Blick flackert, die Augenbrauen zucken leicht. Eine unüberlegte Frage, zugegeben. Würde dies zutreffen, wäre Sylvia Roth längst über alle sieben Berge. «Früher haben wir zu 90 Prozent telefoniert, heute sind wir zu 90 Prozent mit der Administration für die Abteilung Betrieb und Technik beschäftigt.» Und diese wird immer komplexer, wächst mit der Universität, Jahr für Jahr, Gebäude um Gebäude – und die Telefonistin von damals ist heute technische Sachbearbeiterin: Kreditorenrechnungen und Korrespondenz rund um den Unterhalt sämtlicher Uni-Liegenschaften, für Heizungsrevisionen, Lüftungsreparaturen, für die Gebäudetechnik, das Risikomanagement, für Werkstätten, für Schreiner, Gärtner. Hinzu kommen etwa Datenerhebungen zum Wasserverbrauch,



(© Bild: Manu Friederich)

die Parkplatzverwaltung, Reservationen für Mobility-Autos und zwei VW-Busse sowie Bestellungen für Kaffeemaschinen. Ein beachtlicher Stapel für das teilzeitarbeitende Dreier-Team. Was die Arbeitszufriedenheit nicht zu dämpfen scheint, über all die Jahre sind kaum Fluktuationen zu verzeichnen. «Für mich war das Team stets ein Hafen, hier fühlte ich mich wohl, auch wenn es im Leben mal wild wurde», blickt die 54-Jährige auf drei Jahrzehnte zurück.

Schon in jungen Jahren, lange vor dem Umweg über die Ascom, wurde Sylvia Roth klar: Alles kann sein. Auch in Sackgassen abbiegen und auf Irrwegen gehen. Bereits nach der Schule sah sich die Sechzehnjährige mit den (Un-)Möglichkeiten des Lebens konfrontiert. Die Lehrstelle in der Dekorationsabteilung des Ryfflihofes wurde anderweitig vergeben, der Fotograf wählte den physisch stärkeren Bewerber und an der Ausbildungsstätte zur Hochbauzeichnerin war sie einfach nicht glücklich. Mit Erlaubnis der Eltern brach sie die Lehre ab, «um gleich eine neue anzutreten als Telegrafistin bei der Post». Erst hiess es für die 17-Jährige aber: ab in den obligatorischen Französisch-Sprachaufenthalt. Dieser war womöglich unbewusst wegbereitend für die späteren Uni-Jahre, denn sie reiste mit einem Neuenburger Professor der Anthropologie nach Spanien. «Ich pflegte den Garten des Anwesens und nachmittags stand Sprachunterricht mit seiner bretonischen Ehefrau auf dem Stundenplan», erzählt Sylvia Roth, beschwingt von der Erinnerung. Man hat das Gefühl, dass sie früh lernte, auch das Ungeplante im Leben für sich zu nutzen.

Telegrafistin bei der Post blieb sie schliesslich nicht lange. «Glückwünsche zur Hochzeit und Telex über Parlamentsentscheide oder YB-Spiele vermochten mich nicht lange zu fesseln», sagt Sylvia Roth und winkt ab. Sie kam, wie wir wissen, an die Uni Bern, ging ab zur Ascom, und warum kehrte sie kurz darauf an die Alma Mater zurück? Wegen einer neuen Liebe, die sie bei der Ascom kennengelernt

hatte – er versprach ihr die Eroberung neuer Welten: der Computer. «Die unglaublichen Möglichkeiten, die diese neuartige Apparatur bot, faszinierten mich sofort», so Sylvia Roth. Und ihr ehemaliger Chef an der Universität Bern hielt den richtigen Köder bereit: Auf ihrem Pult stand ein Mac 1. Bald schon hatte Sylvia Roth das «Schweizerische Informatiker Zertifikat» in der Tasche. Bis heute hält sie gerne Schritt mit der rasant voranschreitenden Digitalisierung, sie betreut die Website der Abteilung Betrieb und Technik, die sie auch gleich erstellt hat.

Aus dem Telefonistinnen-Job von anno 1984 wurde eine vielgestaltige Laufbahn an der Universität Bern – und jede sich bietende Chance auf Neues hat Sylvia Roth in ihre 80-Prozent-Anstellung gepackt oder sonst eben dazu: langjährige Sekretariatsarbeiten in der Praktischen Theologie, Betreuung der KV-Lernenden in der Telefonzentrale und seit acht Jahren die Geschäftsführung der Stiftung Haus der Universität Bern, die in der Kocher-Villa ein universitäres Begegnungszentrum betreibt – mit Stiftungsratssitzungen, Jahresprogramm, Buchhaltung von A bis Z. «Das ist vielschichtig und gefällt.»

Auch zu Hause in Hettiswil treibt es Sylvia Roth um. Sie töpft im eigenen Atelier, gestaltet Karten, die sie auf Märkten verkauft. Bald stösst ein neues Familienmitglied zu ihr und ihrem Partner, ein Lagotto Romagnolo. «Schon lange wünsche ich mir wieder einen Hund», freut sich die 54-Jährige. Mit dem Vierbeiner soll es auf Trüffelsuche gehen. Längst gefunden – so scheint's – hat Sylvia Roth ihren (Arbeits-)Platz im Leben. Sie lacht ihr schelmisches Lachen. «Inzwischen bin ich sicher, dass ich an der Uni bleibe. Ziemlich sicher.»

Kontakt: Sylvia Roth, Universität Bern, Betrieb und Technik (BT), sylvia.roth@bt.unibe.ch

Autorin: Bettina Jakob ist freie Wissenschaftsjournalistin in Bern, bettina_jakob@hotmail.com

Kevin Reuter, Dr., geboren 1979 in Nordenham (D), studierte Physik in München, bevor er sich der Philosophie verschrieb. 2012 promovierte er am Birkbeck College, University of London, zum Thema Introspektion und Selbstwissen. Nach einem dreijährigen Aufenthalt an der Ruhr-Uni Bochum kam er 2015 ans Institut für Philosophie der Universität Bern. In seiner Forschung beschäftigt er sich primär mit den Themen Schmerz und Emotionen, aber auch mit Fragestellungen zur (Ir-)Rationalität und der Natur von sozialen Begriffen.

Die hier geäußerte Meinung muss nicht der Auffassung von Redaktion oder Universitätsleitung entsprechen.



(© Bild: zvg)

Wie unsere Moral den Blick auf die Emotionen der anderen verfälscht

Von Kevin Reuter

Unsere eigenen Emotionen bestimmen wir in der Regel, indem wir die damit einhergehenden Gefühle erkennen: So weiss ich, dass ich Angst vor einem Bären habe, weil ich in mir ein Gefühl der Furcht bemerke. Etwas schwieriger ist es, anderen Menschen Emotionen zuzuschreiben. Durch den situativen Kontext vermuten wir oft, dass eine andere Person gerade eine bestimmte Emotion wie Angst erfährt, zum Beispiel wenn eine Pianistin die Bühne betritt. Sicherer sind wir uns unseres Urteils, wenn wir äussere Zeichen der jeweiligen Emotion – zittrige Hände, Schweissperlen, grosse Augen – wahrnehmen, oder uns die andere Person sogar direkt verrät, dass sie glücklich, traurig, furchtsam oder wütend ist. Mit anderen Worten, um einer Person eine Emotion zuzuschreiben, versuchen wir die positive oder negative emotionale Erregung auszumachen. Keine Rolle spielt hingegen die moralische Bewertung der Person oder des Kontexts – so jedenfalls die bisherige Lehrmeinung: Ein sadistischer Folterknecht kann doch wohl genauso glücklich oder traurig sein wie ein grosszügiger hilfsbereiter Mensch.

Neueste Ergebnisse aus der experimentellen Philosophie zeigen jedoch, dass die Frage, ob jemand glücklich ist, moralischen Standards unterworfen zu sein scheint. Stellen Sie sich zur Veranschaulichung dieser These vor, dass ein Hausmeister einer Schule voller Freude seiner Arbeit nachgeht und abends hochzufrieden ins Bett steigt. Im einen Fall hat der Hausmeister diese positiven Empfindungen, weil er die Schüler bestiehlt, im anderen Fall, weil er die Schüler unterstützt, so gut er kann. Die Ergebnisse von Jonathan Phillips und

Kollegen (2017) legen dar, dass die meisten von uns den moralisch guten Hausmeister deutlich glücklicher einschätzen als den moralisch schlechten, auch wenn beide die gleichen positiven Gefühle haben. Muss man also tugendhaft leben, um wirklich glücklich zu sein, wie unter anderem von Aristoteles und Philippa Foot behauptet wurde?

Diese Schlussfolgerung wäre durchaus plausibel, wenn nicht auch weitere Emotionen davon betroffen wären. In unseren eigenen Studien konnten wir nämlich nachweisen, dass anderen Personen nicht nur weniger Glück, sondern auch weniger Traurigkeit und Verärgerung zugeschrieben wird, wenn sie sich moralisch fragwürdig verhalten. Umgekehrt wird moralisch guten Menschen also nicht nur mehr Glück, sondern auch mehr Traurigkeit und Verärgerung zugestanden. Entgegen den bisherigen Ergebnissen der Forschung ist dieser Effekt allerdings nicht nur auf moralische Begebenheiten beschränkt. Um dies zu zeigen, wurden die Versuchsteilnehmenden nicht bezüglich der Emotionen von Tätern befragt, sondern von Opfern. Einer Frau, die zum Beispiel Opfer häuslicher Gewalt ist, wurde dabei deutlich weniger Glück zugeschrieben als einer Frau, der keiner Gewalt widerfahren ist, auch wenn sich beide Frauen gleich glücklich fühlen. Allgemein gesprochen scheint daher zu gelten: Wir glauben, dass eine Person so glücklich oder traurig ist, wie sie glücklich oder traurig sein sollte. Falls Sie nun also erfahren, dass die Pianistin vor ihrem Konzert kein Gefühl der Angst spürt, werden Sie ihr womöglich trotzdem etwas Angst zuschreiben; schliesslich sollte man etwas

Lampenfieber vor einem öffentlichen Auftritt haben.

Der Einfluss unserer Vorstellung des Normativen – wie etwas sein sollte – auf unsere Vorstellung des Deskriptiven – wie etwas ist – ist nicht nur in der Zuschreibung von Emotionen zu finden. In vielen Bereichen zeigt sich vermehrt, dass wir den Einfluss normativer Urteile bisher stark unterschätzt haben. Ob wir glauben, dass jemand absichtlich gehandelt hat oder etwas unabsichtlich verursacht hat, hängt unter anderem davon ab, ob das Resultat der Handlung positiv oder negativ bewertet wird. So konnte Joshua Knobe (2003) zeigen, dass wir einer verantwortlichen Person unterstellen, schlechte Nebenwirkungen (wie Umweltverschmutzung) mit Absicht verursacht zu haben, aber positiven Nebenwirkungen (wie die Verbesserung der Umweltbedingungen) keine Absicht vorausgegangen ist. Unser Idealbild einer von Moralität unabhängigen Perspektive scheint daher weitestgehend eine Illusion zu sein. Viele würden wohl argumentieren, dass wir unserem moralisch-normativen Bewertungstrieb unbedingt Einhalt gewähren sollten, da er unseren Blick auf das wahrlich Existierende verstellt. Allerdings gibt es zu bedenken, dass uns diese normative Sichtweise oft hilft, schnelle und in den meisten Fällen zuverlässige Urteile zu treffen. In jedem Fall sollten wir uns darüber im Klaren sein, wie allgegenwärtig unser moralistischer Blick ist.

Kontakt: Dr. Kevin Reuter,
Institut für Philosophie,
kevin.reuter@philo.unibe.ch



Geschichte der Schweizerinnen

Marthe Gosteli ist es zu verdanken, dass die Schweizerinnen eine eigenständige Geschichte schreiben können. Die Biografie blickt zurück auf das Leben der Ehrendoktorin der Universität Bern, die 1971 als Präsidentin der «Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Frauenverbände» an der Spitze der Frauenbewegung stand und dabei massgeblich zur Annahme des Frauenstimmrechts auf eidgenössischer Ebene beitrug.

Marthe Gosteli – Wie sie den Schweizerinnen ihre Geschichte rettete

Franziska Rogger – 2017, 215 Seiten, gebunden, Stämpfli, ISBN 978-3-7272-7903-4



Am Limit

Aufbruch zu neuen Ufern, Entdeckung neuer Welten, Fortschritt ohne Grenzen – mit Stichwörtern wie diesen schmückt sich die Wissenschaft gerne. Doch in Wirklichkeit stösst der Erkenntnisdrang zunehmend ans Limit. Der vorliegende Band versucht mit Beiträgen aus Natur- und Geisteswissenschaften die Grenzen der heutigen Wissenschaften zu vermessen.

Grenzen in den Wissenschaften

Sara Kviat Bloch, Martina Dubach, Gabriele Rippl (Hrsg.) – Reihe Berner Universitätsschriften Band 60 – 2017, 168 Seiten, kartoniert, Haupt, ISBN 978-3-258-07964-6



Ehe – ein Leben lang?

Warum zerbrechen jahrzehntelange Ehen? Gibt es ein Rezept für lebenslange glückliche Partnerschaften, oder ist letztlich alles nur Glückssache? Basierend auf Resultaten einer landesweiten Schweizer Studie und illustriert mit vielen Fallbeispielen, leuchtet das Buch von Pasqualina Perrig-Chiello das Phänomen der späten Scheidung aus, erörtert Gründe, Auswirkungen und Bewältigungsstrategien.

Wenn die Liebe nicht mehr jung ist – Warum viele langjährige Partnerschaften zerbrechen und andere nicht

Pasqualina Perrig-Chiello – 2017, 232 Seiten, hogrefe, ISBN 978-3-456-85587-5



Föderalismus: Chancen und Risiken

Kein anderes Land verkörpert den Föderalismus besser als die Schweiz. Bewundert wird das Schweizer System aber häufig, weil es falsch verstanden wird. Dieses Buch schlägt darum vor, die Entstehung des Föderalismus und der institutionellen Strukturen systematisch zu analysieren.

Il federalismo svizzero – Attori, strutture e processi

Sean Müller, Anja Giudici (Hrsg.) – 2017, 248 Seiten, Armando Dadò Editore, ISBN 978-88-8281-456-4



Viele Beteiligte, diverse Motive

Christian Gerlach bietet eine nach Themen geordnete Analyse der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden. Zudem untersucht die Studie erstmals systematisch das Vorgehen nichtdeutscher Regierungen und Gesellschaften gegen Juden. So kann sie zeigen, dass der Mord an den europäischen Juden ein Prozess war, an dem viele Gruppen mit unterschiedlichen Motiven beteiligt waren.

Der Mord an den europäischen Juden – Ursachen, Ereignisse, Dimensionen

Christian Gerlach – 2017, 576 Seiten, gebunden, C.H. Beck, ISBN 978-3-406-70710-0



Du bist, was du wählst

Begrüssen Extrovertierte mehr Zuwanderung? Sprechen sich Empfindliche für einen starken Sozialstaat aus? Markus Freitag geht der Frage nach, was der Charakter über unser politisches Denken und Handeln verrät. Dafür analysiert er politische Persönlichkeitsprofile und schlägt die Brücke zwischen Psychologie und Politikwissenschaft.

Die Psyche des Politischen

Markus Freitag – 2017, 250 Seiten, Klappenbroschur, NZZ Libro, ISBN 978-3-03810-276-2

Impressum

UniPress 172 September 2017 / 41. Jahrgang
Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

Herausgeberin: Corporate Communication

Leitung: Marcus Moser

Redaktion: Marcus Moser (marcus.moser@kommunikation.unibe.ch); Timm Eugster (timm.eugster@kommunikation.unibe.ch)

Mitarbeit: Julia Gnägi (julia.gnaegi@kommunikation.unibe.ch); Ivo Schmucki (ivo.schmucki@kommunikation.unibe.ch)

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Michèle Amacker (michele.amacker@izfg.unibe.ch);

Klaus Armingeon (klaus.armingeon@ipw.unibe.ch);

Elisa Fornalé (elisa.fornale@vwi.org); Christian

Gerlach (christian.gerlach@hist.unibe.ch); Karl

Herweg (karl.herweg@cde.unibe.ch); Stefan Huber

(stefan.huber@theol.unibe.ch); Bettina Jakob

(bettina.jakob@hotmail.com); Christian Joppke

(christian.joppke@soz.unibe.ch); Patricia Purtschert

(patricia.purtschert@izfg.unibe.ch); Reinhard Schulze

(reinhard.schulze@islam.unibe.ch); Kevin Reuter

(kevin.reuter@philo.unibe.ch); Isabelle Stadelmann-

Steffen (isabelle.stadelmann@ipw.unibe.ch); Gunter

Stephan (gunter.stephan@vwi.unibe.ch)

Bildnachweise:

Titelbild, Seiten 1, 3, 5, 7, 8, 10, 12, 15, 16, 19, 20

und 22: © Adrian Moser

Seite 25: © Bild li: Erika Hiltbrunner;

Bild re: www.mountainbiodiversity.com

Seiten 27, 28, 32 und 33: © Manu Friederich

Seite 29 und 31: © Adrian Moser

Seite 34: zvg

Seite 36: © iStock

Gestaltung: 2. stock süd, Biel

(mail@secondfloorsouth.com)

Layout: Patricia Maragno (patricia.maragno@

kommunikation.unibe.ch)

Redaktionsadresse:

Universität Bern

Corporate Communication

Hochschulstrasse 6

3012 Bern

Tel. 031 631 80 44

unipress@unibe.ch

Anzeigenverwaltung:

Stämpfli AG

Postfach 8326

3001 Bern

Tel. 031 300 63 88

Fax 031 300 63 90

inerate@staempfli.com

Druck: Stämpfli AG, Bern

Auflage: 13 500 Exemplare

Erscheint dreimal jährlich,

nächste Ausgabe Februar 2018

Abonnement: UniPress kann kostenlos abonniert

werden: Stämpfli AG, Abonnements-Marketing,

Wölflistrasse 1, Postfach 8326, 3001 Bern,

Tel. 031 300 63 42, Fax 031 300 63 90,

abonnemente@staempfli.com

ISSN 1664-8552

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck von Artikeln mit
Genehmigung der Redaktion.



Vorschau Heft 173

ARBEITSLEBEN

.....
Digitalisierung und Debatten über ein Grundeinkommen hin oder her: Erwerbsarbeit bleibt auf absehbare Zeit nicht nur grundlegende Einkommensquelle, sondern in hohem Mass identitätsstiftend und mitentscheidend für die Lebenszufriedenheit. Doch wie gelingen heute Arbeitsleben – vom Berufseinstieg über eine mögliche Familienphase bis zur Pensionierung und darüber hinaus? Im Februar 2018 macht sich UniPress an die Arbeit und zeigt aktuelle Herausforderungen und Trends.



No. 01-17-746612 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership



Gipfel Freude*

**Wir suchen
Assistenzärztinnen
und Assistenzärzte.**
www.privatklinik-meiringen.ch

Privatklinik 
Meiringen

* Meine Work-Life-Balance stimmt.
Ich lebe und arbeite im Haslital...
Dort, wo andere Ferien machen!

Collegium generale

LITERARISCHE LESUNGEN – DIKTATUR

Jeweils Dienstag, 18.15–19.30 Uhr, im Hauptgebäude der Universität Bern, Hochschulstrasse 4, Hörsaal 220. Die Veranstaltungen sind öffentlich, der Eintritt ist frei. Website: www.collegiumgenerale.unibe.ch
Moderation: Prof. Dr. Oliver Lubrich

10. Oktober 2017

SERHIJ ZHADAN, Charkiw
Warum ich nicht im Netz bin

31. Oktober 2017

DURS GRÜNBEIN, Rom
Die Jahre im Zoo

21. November 2017

LUTZ SEILER, Wilhelmshorst/Stockholm
Kruso

5. Dezember 2017

ILIJA TROJANOW, Wien
Macht und Widerstand



Masterstudium Universität Luzern

Attraktive Studiengänge, persönliche Atmosphäre



Informationsabend Montag, 23. Oktober 2017

Kultur- und Sozialwissenschaften,
Rechtswissenschaft, Theologie

Masterwoche Kultur- und Sozialwissenschaften
23.–27. Oktober 2017



Jetzt anmelden! www.unilu.ch/masterinfo

Collegium generale

SCHULD UND SCHULDEN

Herbstsemester 2017, jeweils am Mittwoch von 18.15–19.45 Uhr

Hauptgebäude der Universität Bern, Hochschulstrasse 4, Auditorium maximum (Raum 110)

Die Veranstaltungen des Collegium generale sind öffentlich und der Eintritt ist frei.

Collegium generale: 432502-HS2017

20.9.2017

**KRISE! WELCHE KRISE?
STAATSVerschULDUNG: PROBATES
MITTEL DER WIRTSCHAFTSPOLITIK
ODER POTENTIELLER KRISENHERD?**

Prof. Dr. Laura Rischbieter, Wirtschafts-
und Sozialgeschichte, Universität
Konstanz

27.9.2017

**WILLENSFREIHEIT, SCHULD UND
RECHT: EINE PHILOSOPHISCHE
PERSPEKTIVE**

Prof. em. Dr. Reinhard Merkel, Strafrecht
und Rechtsphilosophie, Universität
Hamburg

4.10.2017

**SCHULD, STRAFE, STRAFVOLLZUG IM
WANDEL. EIN STATISTISCH-
HISTORISCHER ZUGANG**

Dr. Daniel Fink, Kriminologie und Straf-
recht, Universitäten Lausanne und Luzern

11.10.2017

**INDIVIDUELLER UMGANG MIT
SCHULDGEFÜHLEN**

Prof. em. Dr. Brigitte Boothe, Psychologi-
sches Institut, Universität Zürich

18.10.2017

**ÖKOSCHULDEN UND WERT(ER)-
SCHÖPFUNG: EINE FRAGE DER
POLITISCHEN STEUERUNGSFÄHIGKEIT**

Dr. Florence Metz, Institut für Politikwis-
senschaft, Universität Bern

25.10.2017

KREDITWESEN IM SPÄTMITTELALTER

Prof. Dr. Gabriela Signori, Mittelalterliche
Geschichte, Universität Konstanz

1.11.2017

**KREDITE, SCHULDEN UND
WACHSTUM**

Dr. Fritz Zurbrügg, Schweizerische
Nationalbank, Bern

8.11.2017

**GELD UND GABEN ALS BEZIEHUNGS-
MITTEL**

Prof. Dr. Heinzpeter Znoj, Institut für
Sozialanthropologie, Universität Bern

15.11.2017

**DAS DRAMA DES VERSCHULDETEN
MENSCHEN - SHAKESPEARE, IBSEN,
DÜRRENMATT**

PD Dr. Daniel Cuonz, Lehrstuhl für
Deutsche Sprache und Literatur,
Universität St. Gallen

22.11.2017

**VERSCHULDUNG ERLAUBT?
INTEGRATIVE ASPEKTE DER JUGEND-
VERSCHULDUNG**

Dr. Christoph Mattes, Hochschule für
Soziale Arbeit, FHNW Basel

29.11.2017

**SCHULD UND VERGEBUNG IM
CHRISTENTUM. EIN THEOLOGISCHER
PROSPEKT**

Prof. Dr. Georg Pfeleiderer, Systematische
Theologie/Ethik, Universität Basel

6.12.2017

**SCHULD, SCHULDFÄHIGKEIT UND
RÜCKFALLPRÄVENTION AUS SICHT
DER FORENSISCHEN PSYCHOLOGIE**

Dr. Bernd Borchard, Bereich Risiko- und
Interventionsabklärungen, Amt für
Justizvollzug, Zürich

13.12.2017

**DEBT COLLECTION: THE EMOTIONAL
WORK OF MARKET ATTACHMENT**

Dr. Joe Deville, Departments of Sociology/
Organisation, Work and Technology,
Lancaster University
(Referat auf Englisch)

u^b

**UNIVERSITÄT
BERN**